

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
 Preis vierteljährlich 1,50 Mark.
 Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **W. Müller**
 Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Höfstraße 16 b II.
 Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr für die sechsgezeigte Zeile:
 Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 8.— Mark.
 Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Deutschlands innerpolitische Lage

Politik und Wirtschaft sind untrennbar miteinander verknüpft. Die deutsche Arbeiterklasse, die trotz der Revolution schwer um ihre Existenz ringt, darf deshalb ihre wirtschaftlichen Kämpfe nicht führen ohne die gesamtpolitische Lage aus den Augen zu verlieren. Die Erfahrungen lehren, daß die Arbeiterklasse bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen es nicht nur mit dem Widerstand des Unternehmertums, sondern auch mit dem Widerstand des Staatsgewalts zu tun hat. Bei der Prüfung der Kampfbedingung muß deshalb die jeweilige politische Situation in Betracht gezogen werden. Daher ist es notwendig, daß das Organ einer gewerkschaftlichen Kampforganisation seine Leser nicht nur informiert über die wirtschaftlichen Fragen, sondern zugleich über den Stand der politischen Verhältnisse, gesehen vom Standpunkt des vom Willen zum Klassenkampf durchdrungenen Proletariats aus. In diesem Sinne wird unser Organ in regelmäßigen Zeitabständen den Lesern Übersichten über die politische Situation geben. Zunächst ist es erforderlich, daß die Arbeiterklasse sich klar wird über die allgemeine innere Lage Deutschlands.

Heute stehen drei Deutschland nebeneinander. Das eine Deutschland, das der arbeitenden Klassen, das andere, das der Unternehmer und der Regierung, das dritte, das Deutschland der Kräfte des alten Regimes.

Das erste Deutschland ist das Deutschland der Revolution. Es umfaßt die Arbeiterklasse, die sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß nur auf dem Wege des Klassenkampfes sie erlöst werden kann aus dem Banne der kapitalistischen Knechtschaft. In den Reihen der klassenbewußten Arbeiterkraft ist heute jenes ideale Zielstreben, das die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft schon lange verloren haben. Die Entwicklung seit dem Ende des Krieges hat in diesen Kreisen ein namenloses Selbstvertrauen geweckt, das der bürgerlichen Gesellschaft vollständig abgeht. Dieses Deutschland ist nach dem Kriege noch mehr in Not und Elend und Entbehrung hinabgebrückt worden als während des Krieges. Aus dieser Not und Entbehrung wachsen Empörung und Anzittern über diese Tatsache hervor, zugleich aber das tiefe Verlangen nach der Befreiung aus diesem Elendzustande. In diesen Kreisen sammeln sich die revolutionären Kräfte, die eines Tages mit Notwendigkeit zu neuem Stoße gegen das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft ansetzen werden.

Das andere Deutschland, das der Unternehmer und des Finanzkapitals, wird heute gedrückt durch die Flagge der Scheinsozialisten. Eine Regierung führt in Deutschland die Geschäfte und handhabt die Herrschaftsmaschine des bürgerlichen Staates, deren Wesen charakterisiert wird durch ihre Lüge. Neben der schwarzen Reaktion des Zentrums die Farbe der Scheinsozialisten und das goldene Symbol des Kapitals. Das Ziel der inneren Politik dieser Regierung ist der Wiederaufbau des durch den Krieg erschütterten kapitalistischen Systems. An diesem Ziele arbeiten die drei in der Regierung vertretenen Parteienrichtungen einträchtig. Zentrum und Demokraten, weil dies Ziel ihren Klasseninteressen entspricht, die Scheinsozialisten, weil sie nur durch die Verfolgung dieses Zieles ihre jegige, auf der parlamentarischen Demokratie basierenden Stellung in der Regierung behaupten können. Daß eine solche Politik dem Klasseninteresse des Proletariats widerspricht, suchen sie zu verbergen hinter der Theorie, daß nur auf dem Gipfel kapitalistischer Hochkonjunktur die Verwirklichung des Sozialismus möglich sei und daß es deshalb gelte, den Kapitalismus in Deutschland zunächst wieder aufzubauen und zu festigen. Damit aber stärken sie die politische Stellung der bürgerlichen Parteien, und wenn sie eines Tages am Ziel ihrer Politik stehen sollten, so werden sie erkennen müssen, daß sie zwar die nach ihrer Theorie notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen haben, daß sie zugleich aber die politische Möglichkeit dafür erschlagen haben.

Diese Politik soll der Arbeiterklasse empfohlen werden durch die Behauptung, daß nach der Verwirklichung der politischen Demokratie ein langsamer, aber sicherer Entwicklungsweg führe vom kapitalistischen zum sozialistischen System, eine Behauptung, die die Klassenkämpfe in Deutschland vor dem Kriege längst als grundfalsch erwiesen haben. Die klassenbewußte Arbeiterkraft wird heute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse immer wieder gezwungen, die Bahn der stürmischen Entwicklung zu betreten. Eine Staatsgewalt, die alle Auseinandersetzungen zwischen den Klassen einschüchtern will in die formalen Methoden der bürgerlichen Demokratie, ist deshalb genötigt, Grenzen zu ziehen gegen den Emanzipationskampf des Proletariats. Das politische Programm der deutschen Regierung, das Gustav Bauer und seine Mitarbeiter in den letzten Wochen verkündet hat, zieht deshalb eine scharfe Grenze gegen die soziale Revolution, während es auf der anderen Seite keinerlei Grenze gegen den Machtwillen der Vertreter des kapitalistischen Systems findet. Das Programm dieser Regierung, die eine Koalition zwischen Arbeitervertretern und Vertretern des Unternehmertums darstellt, bietet der Arbeiterkraft eine Reihe von sozialpolitischen Maßregeln. Das Ausmaß dieser sozialpolitischen Verprechungen soll hier nicht erörtert werden. Prinzipiell aber muß festgestellt werden, daß es sich nicht um eine sozialistische Sozialpolitik handelt, sondern um eine solche vom Standpunkt des bürgerlichen Sozialreformers aus, dem seine Sozialpolitik zugleich Grenze und Endziel der Entwicklung darstellt. Wie die grundsätzliche bürgerliche Sozialpolitik ist der deutschen Regierung die soziale Reform Ertrag für die soziale Revolution, und das Verbot des Klassenkampfes daher das Korrelat zu ihren sozialpolitischen Zugeständnissen. Das völlige Verbot des politischen Streiks, die Einschränkung des wirtschaftlichen Streikrechts, die seiner Unterbindung gleichkommt, die praktischen Maßnahmen der Regierung gegenüber den letzten großen wirt-

schaftlichen Streiks der Arbeiterkraft, kennzeichnen die innere Politik der deutschen Regierung. Die Scheinsozialisten, die in dieser Regierung vertreten sind, und ihre parlamentarischen Auftraggeber haben den grundsätzlichen Boden des Klassenkampfes verlassen. Sie haben in der Praxis gegen den Klassenkampf der Arbeiterkraft neben anderen Kampforganen die „Technische Nothilfe“ geschaffen, und sie haben überdies für ihre Praxis eine eigene Theorie erfunden, die sich aufbaut auf der Phrasologie des Bürgertums, das seine eigenen Interessen den Interessen des Proletariats gegenüberstellt als die Interessen der Allgemeinheit.

Da aber in Deutschland die Klassengegensätze so stark sind, daß ihr Austrag nicht eingeschnürt werden kann in die Formalien der bürgerlichen Demokratie, so ist die deutsche Regierung gezwungen zu Gewaltmitteln zu greifen, wenn sie sich selbst und ihre Politik behaupten will. Sie sieht sich zu Handlungen genötigt, die aller Demokratie Hohn sprechen. Belagerungszustand, Schußhaft, Pressezensur herrschen in Deutschland und lassen erkennen, daß die deutsche Demokratie nur eine Scheindemokratie ist.

Das dritte Deutschland aber ist die Verkörperung aller reaktionären und gegenrevolutionären Mächte des alten Regimes. Dieses dritte Deutschland ist eine Welt für sich. Anhaltspunkte zu seiner Erkenntnis bringen ab und zu an die Öffentlichkeit. Die Bewaffnung seiner Anhänger, das Treiben und die Verschönerungen der Offiziersklasse werden manchmal teilweise in aller Öffentlichkeit sichtbar. Wie stark jedoch dieses Deutschland ist, wie seine Macht und sein Einfluß auf die tatsächliche deutsche Politik täglich wächst, das bleibt den breiten Volksmassen zum größten Teile verborgen.

All die in Deutschland nebeneinander und gegeneinander wirkenden Kräfte spiegeln sich in den Verhandlungen des Parlamentes. Die Energien, die hinter den Richtungen stehen, finden freilich in der Vertretung im Parlament kein getreues Spiegelbild. Das Wesen dieser Kräfte, die Richtung ihrer Entwicklung läßt sich allenfalls erkennen. In der ohnmächtigen Wut der Mittelparteien gegen die Betonung einer konsequent sozialistischen Politik durch die äußerste Linke, in der Billigung der Gewaltmaßnahmen gegen die klassenbewußte Arbeiterkraft offenbart sich die Furcht der Mittelparteien vor der Selbstbesamung der Arbeiterkraft und zugleich die wachsende Stärke der Arbeiterkraft. Die immer häufiger werdenden Angriffe der äußersten Rechten gegen die Regierung der Mittelparteien aber zeigen die wachsende Macht und das steigende Selbstbewußtsein der monarchistischen Reaktion.

Die Klassengegensätze in Deutschland haben sich in den letzten Monaten so verschärft, daß die jetzigen Zustände nicht lange mehr haltbar sind. Die Atempause der Revolution, die im Sommer eingetreten ist, ist heute fast vorüber. Neue Spannungen treten auf. Die Arbeiterklasse erfährt den Angriff der Unternehmer. Die Staatsgewalt stellt sich an die Seite des Unternehmertums. In ihrer Furcht vor dem Proletariat gibt sie den Reaktionen der äußersten Rechten Spielraum. Zu dem wirtschaftlichen Druck, der auf der Arbeiterklasse lastet, kommt die politische Bedrückung durch das scheindemokratische Regime.

Die Not lehrt die Arbeiterklasse, daß die politische Befreiung durch die bürgerliche Demokratie nicht die wirtschaftliche Befreiung einschließt. Die deutsche Arbeiterkraft macht die Erfahrungen, die im Verlaufe aller geschichtlichen Revolutionen das Proletariat machen mußte: daß nach der Erringung der politischen Ziele des Bürgertums das selbe Bürgertum, das seine Erfolge dem Proletariat verdankt, sich mit Gewalt dem Vordrängestreben der Revolution von der politischen zur sozialen Revolution widersetzt, um seine Klassenherrschaft zu behaupten. Jetzt, wo der Widerstand der Bourgeoisie den Lauf der Revolution gehemmt hat, geht sie zum Angriff über, um die Ketten der Arbeiterkraft zu verdoppeln, wirtschaftlich und politisch. Die Arbeiterklasse ist in der Abwehr. Die Not zwingt sie zum Kampfe. Will sie die volle Befreiung von den Fesseln des kapitalistischen Systems, so muß sie die Lehren ziehen aus der allgemeinen Lage in Deutschland und die Spitze ihres Kampfes richten sowohl gegen jenes Deutschland der Regierungsparteien als auch gegen jenes Deutschland des alten Regimes, um so die volle Freiheit zu erlangen durch die siegreiche Errichtung des deutschen Arbeiterstaates.

Seid auf der Hut!

Nichts liegt uns ferner als das Bestreben, mit irgend einer politischen Partei, die angibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, einen Konflikt herbeizuführen. Unsere Haltung ist durch die Beschlüsse unserer letzten Generalversammlung festgelegt. Diese haben wir jetzt zu vertreten und für deren Durchführung zu wirken. Jetzt gilt es außerdem für den Ausbau unserer Organisation und deren innere Geschlossenheit und Stärke zu sorgen. Zeigen sich Bestrebungen, die auf ein Zerbrechen unserer Organisation gerichtet sind, dann werden wir rücksichtslos dagegen antworten. Betreffend sich an diesem Zerbruchswort politische Parteien oder Organe irgend einer politischen Partei, dann werden wir uns nicht abhalten lassen, auch gegen diese vorzugehen. Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen S. P. D., U. S. P. D. oder K. P. D. Gegen die Mehrheit unserer Generalversammlung ist von einer ganzen Anzahl Tageszeitungen der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf erhoben worden, sie wolle den Verband sprengen. Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission erhebt in verheerender Form diesen Vorwurf. Gleichgültig wird von dieser Presse versucht, die Tagung unserer Generalversammlung herabzuwürdigen. Dabei werden zum Teil bewährte Behauptungen aufgestellt. Wir sehen uns schon jetzt genötigt, auf diese Treiberei aufmerksam zu machen.

Bereits während der Tagung der Generalversammlung, als noch niemand das endgültige Ergebnis der Beratung übersehen konnte, eröffnete der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den Feldzug gegen die Mehrheit unseres Verbandes. In einem Artikel, überschrieben „Stuttgarter Spuk“, wird von einer „kühnlich geschaffenen Mehrheit“ der Generalversammlung gesprochen, die „nicht wegen ihrer hohen Leistung, sondern des Wortschwallottes wegen“ die Tagung beherrsche. Dann heißt es in dem Artikel weiter: „Hochtrabende Worte wurden verapft, Kapitalismus, Klassenkampf, Sozialismus, Weltrevolution — alle alten Schläger aus der Sturm- und Drangperiode der Arbeiterbewegung befeuchteten eine andächtige Zuhörerschaft. Irrevolution bis zum Sozialismus! war der Kampfschrei! Das war aber auch alles.“ Wie es gemacht werden sollte und was dabei herauskomme, darüber schweigt sich die Mehrheit aus. Kalten Blutes schide sie sich an, die Grundlagen der Organisation zu erschüttern. „Immer feste druff!“ — „Mandatsprüfung? Wozu? Unsinn!“ — „Wir haben die Wahlen gemacht, wissen genau, wie wir sie gemacht haben, warum das geschehen ist, wozu also Prüfung?“ — „So will es die Diktatur des Proletariats!“ Das ist die Art, mit der der „Vorwärts“ die Tagung unserer Generalversammlung zu diskreditieren sucht. Er vermeidet jede sachliche Würdigung; der verhassten Mehrheit muß eins ausgewischt werden.

Nach dieser Leistung des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei während der Tagung konnte man sich schon ein Urteil über das bilden, was nach Schluß der Tagung kommen würde. Unsere Erwartungen sind übertroffen worden. Die gesamte Presse der sozialdemokratischen Partei unterläßt fast jede sachliche Kritik der gefassten Beschlüsse, versucht aber den Nachweis zu erbringen, daß die Generalversammlung der Metallarbeiter ein „Verbandstag der Unabhängigen“ gewesen sei. So heißt es unter anderem: „Die Unabhängigen, die schon längst den Metallarbeiter-Verband zu erobern trachteten, hatten sich die Mehrheit verschafft.“ — Und wie ist diese Mehrheit zustande gekommen? Auch darüber unterrichtet die Presse der sozialdemokratischen Partei ihre Leser. Wir wollen nur einige Proben davon wiedergeben. So schrieb die „Schwäbische Tagung“:

„Die U. S. P. D. Mehrheit war gemacht. Die Delegiertenwahlen waren trotz der verständigen Anordnung des Vorstandes, daß bei der herbeiziehenden parteipolitischen Rücksichtlosigkeit jede persönliche Agitation und jede parteipolitische Kennzeichnung der Kandidaten zu unterbleiben habe, mit raffinierten Mitteln betrieben worden. Selbst in dem angeblich so rationalen Berlin trauten die Wahlmänner der Opposition dem Wetter so wenig, daß sie dem freien Wahlrecht der Mitglieder einigen Zwang anstalten, um ihre Kandidaten durchzubringen, was ihnen denn auch mit kleinem Stimmenvorsprung gelang. In anderen Bezirken, wie Magdeburg und Frankfurt a. M., wo ein unabhängiger Wahlerfolg mit allen Bemühungen nicht zu erreichen war, wurde nachträglich das Stimmrecht ein wenig korrigiert zugunsten der durchgefallenen unabhängigen Kandidaten.“

Das „Bremer Volksblatt“ schreibt:

„Die Opposition hatte ihre Mehrheit erschwandelt und die Berliner waren wieder einmal die Mandatschieber, die mit unglaublichen Mitteln bei der Wahl gearbeitet hatten und obenbrein die Stirn befaßen, auf dem Verbandstag über die Gültigkeit ihrer eigenen Mandate mit abzustimmen.“

Diese niederträchtige Beschuldigung der Opposition und besonders der Berliner Mitgliedschaft durch die sozialdemokratische Presse müssen wir mit aller Schärfe zurückweisen. Aber die verständigen Anordnungen des alten Vorstandes zu den Delegiertenwahlen bestanden auch in den Kreisen der Minderheit eine wesentlich andere Auffassung. Wurde doch gerade von dieser Seite betont, daß nach dem geltenden Wahlreglement wohl keine einzige Wahl ohne Verstöße gegen dasselbe zustande gekommen sei. Die Proteste gegen die Berliner Mandate waren zum Teil von Leuten eingereicht, die selbst die Veranlassung zu den Verstößen gegen das Wahlreglement gegeben hatten. Und wenn die Berliner Mandate für ungültig erklärt worden wären, hätte das eine Schwächung der Mehrheit gebracht? Nein, denn dann wären andere Kandidaten gekommen, die gleichfalls derselben Richtung angehörten. Bereits bei der Aufstellung der Kandidaten in Berlin entfielen auf die Mehrheit 100 Kandidaten, während die Anhänger des Vorstandes nur 5 Kandidaten durchzubringen vermochten. Diese Tatsachen sind auch der sozialdemokratischen Presse bekannt. Es ist ihr auch weiter bekannt, daß nach einer alten Gepflogenheit (Schilde hat das selbst festgestellt) die Delegierten, deren Mandate angefochten sind, mit abstimmen können und früher auch immer mit abgestimmt haben. Wenn trotzdem diese Presse mit derartigen Verleumdungen arbeitet, so muß wohl ein bestimmter Zweck damit verfolgt werden.

Nachdem diese sozialdemokratischen Blätter ihren Lesern den Glauben beigebracht haben, daß die Mehrheit unseres Verbandstages ihre Mandate „erschwindelt“ hat, wird der „Terror der unabhängigen kommunistischen Inquisition“, in der Hauptsache von so krassesten Proletariats, wie aus dem Bürgertum gekommenen Rechtsanwältinnen, Literaten usw. geführt — in den schwärzesten Farben geschildert. Die „Adnigsberger Volkszeitung“ ist es, die sich am lebhaftesten an diesem Treiben beteiligt. Sie schreibt weiter: „Wie häufig haben sich diese Elemente (gemeint ist die Mehrheit) schon dadurch an der Menschlichkeit und Solidarität veründigt, daß sie ergrante Proletariatsführer ... wegen ihrer sozialdemokratischen Überzeugung ohne Gnade und Erbarmen mit der Hungerknote nieder-geschlagen haben. Trotzdem mochten wir nicht daran glauben, daß die Diktatorn und Konfanten auf dem Metallarbeiterkongress ihre auf so laute Weise errichtete Zufriedenheit sogar gegen einen Zugewander Schilde mißbrauchen würden ... Nun hat die geheime Feme der Unmoralen auch diesen Mann wegen seiner Treue zur Arbeiterkraft an die Guillotine geliefert.“

Wir wollen nicht die Antwort auf diese Gemeinheiten geben, die hier angebracht wäre, wir stellen nur fest, daß Alexander Schilde jetzt aus niedrigeren hat, ja bereits diese Absicht kundgab, bevor

die Generalversammlung sich konstituiert hatte und daß die übrigen drei Mitglieder des alten Vorstandes von der Mehrheit mit übernommen worden sind. Wir stellen weiter fest, daß unter den Delegierten der Mehrheit keine Rechtsanwältin und Literaten zu finden sind, auch niemand, der sich von solchen "Führern" läßt, sondern daß es Metallarbeiter waren, die jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung stehen und zum Teil vor, während und nach dem Kriege mehr für ihre Überzeugung gekämpft und gelitten haben, als der Mann der Königsberger Volkszeitung. Im wohlthuenden Gegenfahle dieser Seite der R. W. stehen die Äußerungen der Parteipresse der U. S. P. D. So schreibt z. B. das "Halle'sche Volksblatt":

"Schlichte hat sich um den Metallarbeiterverband unverkennbar große Verdienste erworben, das muß selbst von den Gegnern seiner Gewerkschaftspolitik rückhaltlos anerkannt werden. Wenn die Organisation heute zahlenmäßig eine gewaltige Macht darstellt, so hat er durch sein organisatorisches Geschick, seine Unmüdigkeit und Tatkraft wesentlich dazu beigetragen. Sein Rücktritt bedeutet daher auch keine Abschwächung seiner Verdienste."

Natürlich richtete die Mehrheit des Verbandstages ihren "Terror" nicht nur gegen Alexander Schlichte, die sozialdemokratische Presse gibt uns darüber rechtlos Aufschluß. An einer anderen Stelle schreibt die "Königsberger Volkszeitung": "Die größte Gewerkschaft der Welt soll den Unabhängigen und Kommunisten von nun an als Werkzeug zur Herbeiführung der 'Weltrevolution' à la Rostau und Budapest dienen." Und das "Hamburger Echo" schreibt: "Die Mannen Dismanns ließen sich nicht durch Gegengründe überzeugen - sie wollten dies auch nicht. Ihr Zweck war, ihre Macht als Mehrheit auszunutzen, und dies tat sie gründlich." "Darum sei" - so schreibt ein anderes Blatt - "eine Generalversammlung geworden, wo der oft müde, leidenschaftlich erörterte politische Parteifreitag die gewerkschaftliche Aufbauarbeit unmöglich machte."

Wir glauben nicht, daß es der sozialdemokratischen Presse gelingen wird, ihre Leser - soweit es noch Arbeiter sind - durch das Geschrei über den Terror der Unabhängigen und Kommunisten über die auf dem Verbandstag gefassten Beschlüsse hinwegzutäuschen. Wenn auf dem Verbandstag auch über Politik gesprochen wurde, so ist nicht zuletzt die heutige Widerheit unseres Verbandes und die alte Gewerkschaftsbürokratie, allen voran die Generalkommission daran schuld. Diese hat sich während des Krieges und nach Ausbruch der Revolution doch wahrhaftig stark politisch betätigt. Soll es da den Delegierten verwehrt sein, gleichfalls über Politik zu sprechen und die Faltung der Verbandsinstanzen zu den politischen Fragen zu kritisieren? Dazu waren sie doch wohl zusammen gekommen. Freilich, solange unser Verband noch eine Parteifiliale der sozialdemokratischen Partei war, wie es jetzt noch zahlreiche andere Gewerkschaften sind, hat man nichts gegen derartige Debatten eingewendet. Übrigens erweist es sich als eine widerliche Heuchelei, wenn man einerseits den Gewerkschaften wirtschaftliche Funktionen zuweist, die nicht ohne Berücksichtigung der politischen Verhältnisse erfüllt werden können und andererseits die Erörterung politischer Fragen ausschließen will. Wie wir darüber denken, haben wir in den Nummern 45 und 46 unserer Zeitung dargelegt. Auch verweisen wir auf den ersten Artikel dieser Nummer.

Die Mehrheit des Verbandstages hat sich redlich bemüht, durch sachliche Aussprache, durch Vorlegung ihrer Gründe die Widerheit zu überzeugen. Wie ihre Bemühungen gewertet werden, das zeigt ein Artikel von Friedrich Stampfer, der von einer Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen abgedruckt wurde. Da heißt es:

"Also nicht die Meinungsverschiedenheit an sich ist das Niederdrückende dieses Kongresses, sondern das Wesenlose und Zerfahren seiner Debatten, das Ständehalten über Nebenächlichkeiten und das gänzliche Verkennen der eigentlichen Aufgaben. Eine solche Verwirrung war nur möglich, weil die ganzen Verhandlungen von vornherein auf das Unschöne eingestellt waren, weil der Streit parteipolitischer Richtungen so dominierte, daß das, was ihm erst seinen Gehalt geben kann, die Vertretung anvertrauter Interessen und das Wohl der Arbeiterklasse, gänzlich im Hintergrund verschwand. Die Sozialdemokraten ließen zu kriegen, der verhassten Generalkommission am Jense zu sitzen, das war das einzige Ziel, hinter dem alle wirklichen Aufgaben und Mängel der Zeit unter die Schwelle des Bewußtseins zu rücken. Es ist ein tragisches Schicksal, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade in diesem Augenblick, in dem die höchsten Aufgaben an sie herantraten, zu ihrer Leistung durch zerrüttende Richtungskämpfe unzulänglich gemacht wird, daß man sich insoweit in lächerlicher Weise um Quisquilien herumtreibt, während für die höchsten Interessen der Arbeiterklasse eine entscheidende Stunde geschlagen hat."

Friedrich Stampfer ist unseres Wissens nicht selbst auf dem Verbandstag gewesen. Wir nehmen an, er ist falsch informiert worden. Waren doch auch die Berichte der Presse tendenziös entstellt, weil man ja von vornherein bestrebt war, die Mehrheit zu diskreditieren. Stampfer schreibt von Ständehalten über Nebenächlichkeiten, während der "Vorwärts" in dem eingangs erwähnten Artikel von einer "andächtigen Zuhörerlichkeit" schreibt. Diese einander widersprechende Beurteilung unseres Verbandstages ergibt sich logischerweise aus dem Bestreben, unter allen Umständen der Mehrheit ein schlechtes Zeugnis zu geben. Leider bedeutet diese Schürerei nicht, welchen Schaden sie dadurch der gesamten Organisation zufügt. Die oben wiedergegebene Äußerung von Friedrich Stampfer drückt "Der Gewerkschafter", das Zentralorgan des Verbandes der deutschen Gewerkschaften, ab und fügt folgendes hinzu: "Ganz richtig! Wenn nur die deutsche Arbeiterschaft daraus die nötigen Konsequenzen zöge und sich dort organisierte, wo ihre Interessen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Querstreichen, nachdrücklich vertreten werden, in den deutschen Gewerkschaften!" So sehen wir, wie durch das Treiben der sozialdemokratischen Presse dem Gegnern der freien Gewerkschaften der erwünschteste Agitationsstoff geliefert wird.

Somit die sozialdemokratische Presse sachlich zu den Beschlüssen des Verbandstages Stellung nimmt, kommt sie gleichfalls zu einem nicht widersprechenden Urteil. So schreibt z. B. das "Brauner Volksblatt":

"Studiert man Möllers Beiträge genau, so findet man wenig grundsätzliche Differenzen, die eine Zusammenarbeit ausschließen. Es sind vielmehr taktische und persönliche Differenzen, die zur Opposition führten und zum Scheitern gelangt sind. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Opposition sind deshalb begrenzt, weil sie kein einziges neues reines Prinzip vertritt, das über die allgemeine sozialistische Prinzipien der jetzigen Arbeiterbewegung hinausreicht. Vorher ist die Opposition aus der so angeschwunden und letzten Stellung des Kritikers in die viel schwerere Stellung des Verantwortlichen gekommen. Nur wenn sie hier bewirkt, daß sie die vielen von ihr gemachten Aussagen genügend erfüllt, wird sie praktisch ihren Zweck erreicht. Sollte sie ihre Aufgabe nicht erfüllen, dann ist die Opposition auch praktisch in den anderen Verbänden erledigt, denn ist die ganze neue Linie bezeugt, sozusagen ergibt sich die Bedeutung des Kongresses für die übrigen Gewerkschaften."

Dagegen kommt die "Königsberger Volkszeitung" zu folgendem Urteil:

"Einsehenderes Ansehen der Taktik und Führung sind noch von keiner Organisation beizubringen. Man muß einfach auf die Seite der Mehrheit und ihren Willen. Nichtsdestotrotz ist es notwendig eine gewisse gewisse Mehrheit unter Leitung des unabhängigen Herrn Dismann alles nieder, was auch nur zur Verwirrung führt. Eine mit solchen Mitteln betriebene Politik, wie sie jetzt bei der sozialistischen Wahlkandidatur zu sehen ist, ist nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern auch für die sozialdemokratische Partei ein Verhängnis."

sucht worden ist. Deshalb entsteht für jedes Verbandsmitglied, das an seiner Organisation hängt und für ihr Gedeihen gekämpft hat, die überaus ernste Frage, ob die in Stuttgart unter solchen Umständen gefassten Beschlüsse für die Mitglieder überhaupt bindend sein können? Wir verneinen sie mit aller Entschiedenheit! Bei solcher völligen Umkehr müssen die Mitglieder selber entscheiden können. Darüber, ob ein Schlichte und seine Mitarbeiter gehen sollten, durfte nicht die unabhängige Rücksicht der Dismann u. Co. entscheiden. Diese Entscheidung mußte den Mitgliedern vorbehalten bleiben. Deshalb müssen wir die Gültigkeit der auf dem Verbandstage doch nur durch Überraschung gefassten Beschlüsse unbedingt verneinen. Sie können nur dann geltendes Recht werden, wenn sie in einer Urabstimmung wenigstens die nachträgliche Billigung der Mehrheit der Mitglieder finden. Diese Urabstimmung fordern wir hiermit! Ihre Durchführung muß selbstverständlich von der bisherigen Leitung des Verbandes besorgt werden."

Die Königsberger Volkszeitung - ein Organ der sozialdemokratischen Partei - fordert unsere Mitglieder auf, die Gültigkeit der auf unserem Verbandstage gefassten Beschlüsse zu verneinen, sie als für die Mitglieder nicht bindend zu betrachten. Über die Konsequenzen dieser Aufforderung wird sich das Blatt sicher klar sein. Diese Aufforderung bedeutet den Versuch, unsere Organisation zu zerschlagen! Daß dieser Versuch von einem Organ der sozialdemokratischen Partei unternommen wird, läßt uns die große Gefahr erkennen, in der unsere Organisation schwebt. Wir wollen nicht annehmen, daß dieser Versuch von allen leitenden Personen dieser Partei gutgeheißen wird. Wir wissen aber, daß maßgebende Kreise sich mit dem Gedanken der Sprengung des Metallarbeiter-Verbandes tragen. Unsere Mitglieder - soweit sie der sozialdemokratischen Partei angehören - haben die Pflicht, sich volle Klarheit über die Pläne ihrer Parteiführer zu verschaffen. Dies ist um so notwendiger, da es den Anschein hat, als ob durch die Faltung der sozialdemokratischen Presse, die wir im vorstehenden gewürdigt haben, der Boden für eine Spaltung vorbereitet werden soll.

Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission droht mit der Spaltung des Metallarbeiter-Verbandes. Anlässlich der Besprechung eines Artikels der "Freiheit", der vor unserm Verbandstag erschienen ist und in dem auf die Möglichkeit eines Bruchs zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gewerkschaftsbund hingewiesen wurde, bemerkt das Korrespondenzblatt: Wenn der Verbandstag der Metallarbeiter eine andere Gewerkschaftstaktik beschließen sollte, als die auf dem Nürnberg-Gewerkschaftskongress beschlossene, dann schuldere die Opposition in leichtfertiger Weise den Sprengstoff in die eigene Organisation hinein und es sei eine überaus ernste Frage, ob der Hiesiger Verband der deutschen Metallarbeiter mit solchen gefährlichen Gegensätzen im Innern imstande sei, die Organisationsseinheit zu bewahren. Über die möglichen inneren Kämpfe unseres Verbandes braucht sich das Korrespondenzblatt nicht zu sorgen, die kann der Metallarbeiter-Verband allein beheben. Wir wollen darauf auch nicht weiter eingehen. Auch nicht auf die weiteren Ausführungen des Korrespondenzblattes über die Arbeitsgemeinschaft, das soll in einem besonderen Artikel geschehen. Für heute wollen wir unsern Mitgliedern noch folgende Ausführung des Korrespondenzblattes der Generalkommission wiedergeben:

"Aber auch dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund kann niemand zumuten, so ruhig zuzusehen, wie seine von der zuständigen Gesamtvertretung der Gewerkschaften beschlossene Wirtschaftspolitik faktisch sabotiert und zerstört wird. Und es kann ihm weiter niemand verdenken, wenn er diejenigen Maßnahmen ergreift, die erforderlich sind, um dem Teil der deutschen Metallarbeiter, der willens ist, in einer Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie am Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft mitzuarbeiten, eine legitime Vertretung zu sichern. Auch daraus dürfen sich schließlich Folgerungen ergeben, die das Geheiß des großen Metallarbeiter-Verbandes im Innersten erschüttern."

Demnach trägt sich die Generalkommission mit dem Gedanken, dem Teil unserer Mitglieder, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen, eine legitime Vertretung zu sichern, und das Korrespondenzblatt weist auf die schließliche Folgerung hin, die das Gefüge des großen Metallarbeiter-Verbandes im Innersten erschüttern. Es ist gut, daß die Generalkommission so offen ihre Absicht kund gibt. Das ganze läuft gleichfalls auf eine Sprengung unserer Organisation hinaus. Zweifellos ist die Äußerung des Korrespondenzblattes eine wertvolle Ergänzung der Aufforderung der Königsberger Volkszeitung.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei verfügt über einen Teil der Staatsgewalt, sowohl im Reich wie auch in den Gliedstaaten. Es sind ihre Männer, die in letzter Zeit scharfe Maßnahmen gegen streikende Arbeiter erlassen haben. Wir fragen öffentlich an: Was wird gegen die neue Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes geplant? Trifft es zu, was uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, daß man gegen einige Vorstandsmitglieder und besonders gegen unseren Redakteur, Richard Müller, bereits die Ausweisung aus Barmtenberg beschlossen hat? Unsere Mitglieder machen wir schon jetzt auf diese Freiheiten gegen unsern Verband aufmerksam und rufen ihnen zu: "Seid auf der Hut!"

Das Ende des Berliner Kampfes

Die Berliner Metallarbeiter haben durch Urabstimmung in den Betrieben mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir sind über die letzten Ereignisse dieses Kienkampfes nicht genügend informiert, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Das soll geschehen, sobald wir über alle Einzelheiten unterrichtet sind. Die gesamte bürgerliche und sozialistische Presse erhebt schwere Vorwürfe gegen die kommunistisch-unabhängige "Fünfgewerkschaftenkommission" sowie gegen die übrigen Unabhängigen und Kommunisten. Durch "Strapazierbarkeit und Verlogenheit" sollte die "freie Masse" erneut in den Kampf gekehrt werden. Doch diese "Falschkritik" sollte der "gänzliche Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und der Arbeiterbewegung herbeigeführt werden. Das ist der Ton, auf den diese Presse jetzt gestimmt ist.

Wir wenden uns auf die Darstellung über die Ursachen und den Verlauf dieses Kampfes, die wir in den Nummern 45 und 46 unserer Zeitung gegeben haben. Heute wollen wir uns mit der Feststellung einiger Tatsachen begnügen. Die Fünfgewerkschaftenkommission besteht aus Vertretern der politisch zur Demokratischen Volkspartei, sozialdemokratischen Partei und zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörten. Ein Kommunist gehörte der Fünfgewerkschaftenkommission nicht an. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Die Fünfgewerkschaftenkommission hat im Verein mit den anderen politischen Parteien und Körperschaften auf dem zum Generalkongress anberaumten, nachdem es 400 Vertrauensleute der Berliner Metallarbeiter verlangt hatten.

Daraufhin fand eine Versammlung statt von Metallarbeitern, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen. Diese sprach der Fünfgewerkschaftenkommission das Recht ab, die Arbeiterkraft zu einem Generalkongress aufzurufen. Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei erließ einen

Aufruf, in dem es heißt: "Es fehlt also in Wirklichkeit jedes Kampfsobjekt, um das der Streik noch auf andere Industriegewerkschaften auszuweiten wäre. Wir lehnen nach wie vor jede Einmischung in den in der Metallindustrie ausgebrochenen Streik ab, müssen uns aber gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe sowie auf die übrigen Zweige unseres ohnehin schwer zerrütteten Wirtschaftslebens wenden."

Das Oberkommando stellte dann Massenverhaftungen vor. Unter den Verhafteten befanden sich Mitglieder der Streikleitung und des Vollzugsrats. Versammlungen wurden durch Militär gesprengt.

Der "Vollzugsrat" der demokratischen und rechtssozialistischen Funktionäre hielt eine Vollversammlung ab, die einen Beschlusse fakte, in dem es heißt: "Die Versammlung fordert die Arbeiterkraft auf, der Generalkongressparole unverantwortlicher Fühler nicht zu folgen." Über diese Versammlung gibt der Redakteur des "Berliner Tageblatts", Paul Michaelis, der Mitglied dieser Körperschaft ist und als ein ausgesprochener Vertreter großkapitalistischer Interessen angesehen werden muß, folgendes Stimmungsbild: "Es gab gekern keine Meinungsverschiedenheit und kein Nichtstörte den Verlauf der imposanten Kundgebung. Wie zuvor waren Demokraten und Mehrheitssozialisten so einig gewesen, nicht bloß in den Mitteln, sondern auch im Ziel."

Die Berliner Gewerkschaftskommission lehnte den Aufruf zum Generalkongress mit 66 gegen 66 Stimmen ab. Sie befürchtete, daß die Haltung der Rechtssozialisten und die Gewaltmaßnahmen Moske nicht ohne Wirkung auf die Arbeiter bleiben konnten. Nach dieser Stellungnahme der Gewerkschaftskommission sah sich die Fünfgewerkschaftenkommission, wie auch die übrigen Körperschaften gezwungen, den Aufruf zum Generalkongress zurückzuziehen. Eine darauffolgende Generalkongressversammlung der Metallarbeiter beschloß mit circa 4000 Stimmen folgendes:

Alle sich im Sympathiestreik befindenden Kollegen werden von ihrer Streikpflicht entbunden.

Die Fünfgewerkschaftenkommission erhält einen Auftrag, alle zur Entlassung der Verhafteten notwendigen Schritte zu unternehmen.

Die Fünfgewerkschaftenkommission erhält ferner Auftrag, betriebsweise Urabstimmungen zur Aufnahme der Arbeit oder Fortführung des Streiks vorzunehmen. Das Gesamtergebnat der Urabstimmung, das heißt der betriebsweisen Abstimmung, ist maßgebend für alle Streikenden und Ausgesperrten.

Die Arbeit soll unter keinen Umständen aufgenommen werden, ehe nicht die Verhafteten entlassen sind.

Die Fünfgewerkschaftenkommission ist beauftragt, falls durch die Urabstimmung die Arbeitsaufnahme beschlossen wird, dieses durch die Presse bekannt zu geben.

Die verhafteten Mitglieder der Fünfgewerkschaftenkommission sind wieder freizulassen. Die aus gleichem Anlaß verhafteten Mitglieder der U. S. P. D. und des Vollzugsrats werden noch in Haft gehalten. Der Vollzugsrat wurde von Moske aufgelöst. Die Verhaftungen wie auch die Auflösung des Vollzugsrats sind Gewaltmaßnahmen, die jeder gesellschaftlichen Grundlage entbehren. Außerdem erweist sich die Auflösung des Vollzugsrats als ein Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft, der die "Freiheit" im heutigen Deutschland treffend kennzeichnet.

Alle diese Gewaltmaßnahmen werden zu rechtfertigen gesucht mit dem Hinweis auf die Gefahren für unser ganzes Wirtschaftsleben, die durch die von den "Generalkongressgegnern" beschlossene Stilllegung lebenswichtiger Betriebe heraufbeschworen wurden. Dem gegenüber geben wir folgende Mitteilung der Streikleitung an die "Kollegen lebenswichtiger Betriebe" bekannt: "Entbunden von der Streikpflicht sind lediglich die lebenswichtigen Betriebe. Entstehen in einzelnen Betrieben Zweifel darüber, ob der Betrieb als lebenswichtig in Frage kommt, so ersuchen wir die Kollegen, die Entscheidung der Fünfgewerkschaftenkommission herbeizuführen."

Der Vorstand der U. S. P. D. erklärt in seinem Aufruf an die Arbeiter: "Es fehlt also in Wirklichkeit jedes Kampfsobjekt..." Wir sind anderer Meinung. Die Unternehmer werden jetzt nur diejenigen Arbeiter auslösen und wieder einstellen, die ihnen zuverlässig erscheinen. Und diese "Zuverlässigen" wählen dann die Arbeiterausschüsse bzw. Betriebsräte. Damit wird der Organisation der Arbeiter ein schwerer Schlag verfehlt. Das empfinden auch die streikenden Metallarbeiter. Wenn sie trotzdem den Kampf abbrechen mußten, so nicht etwa, weil sie kampfesmäde waren, sondern weil sie durch äußere Einflüsse dazu gezwungen wurden. Diese im Berliner Streik in die Erscheinung getretenen äußeren Einflüsse sind es, die bei allen kommenden Streiks beachtet werden müssen, die uns auch veranlassen, nach Kenntnis aller Einzelheiten nochmals auf den Berliner Streik zurückzukommen. Sein Ausgang muß auch die Kollegen im Reich zum Nachdenken veranlassen. Wir können unsern Kollegen im Reich nur empfehlen, bevor sie in einen Kampf eintreten, genau zu prüfen, ob nicht innerhalb ihrer Reihen Richtungen vorhanden sind, die eine erfolgreiche Durchführung des Streiks sabotieren. Ist das der Fall oder hat es auch nur den Anschein, dann soll lieber der Beginn des Streiks solange ausgesetzt werden, bis volle Klarheit geschaffen ist.

Dem vorstehenden Bericht über den Berliner Streik habe ich einige persönliche Bemerkungen hinzuzufügen. Fast die gesamte bürgerliche und rechtssozialistische Presse hat folgendes, von mir in einer Sitzung gehaltenen Ausspruch wiedergegeben: "Es ist eine Demagogie, wenn man jetzt noch scharf für den Generalkongress eintritt, jetzt, wo die Arbeiterschaft völlig abgekämpft ist." Der Wortlaut stimmt nicht ganz, aber der Sinn meiner Worte ist richtig wiedergegeben. Diejenigen, die aus diesen Worten Kapital für sich herauszuschlagen versuchen, muß ich gleichfalls als Demagogen bezeichnen, denn sie haben diesen Satz aus meinen längeren Ausführungen herausgerissen und legen ihn so aus, als ob ich mich gegen den Generalkongress als solchen gewandt hätte. Ich habe in jener Sitzung dargelegt, welche Gefahren den Berliner Metallarbeitern drohen, wenn sie jetzt den Kampf abbrechen. Ich habe dann weiter dargelegt, daß weitergekämpft werden müsse, wenn sich auch nur eine geringe Aussicht auf Erfolg zeige. Dann habe ich weiter darauf hingewiesen, daß die Metallarbeiter allein nicht mehr länger kämpfen können, trotzdem ihr Kampfesmut ungebrochen sei, sondern daß andere Industriegewerkschaften mit in den Kampf treten müssen. Im Anschluß daran habe ich die Haltung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei besprochen und erklärt, daß diese jede Verschärfung des Streiks unmöglich machen würde. Dabei wies ich auf das Verhalten dieser Partei anlässlich früherer Streiks hin. Ich wies weiter auf die Höhe hin, die nunmehr von dem "Vorwärts" und den anderen bürgerlichen Blättern entfaltet werden würde. Wie man in der Öffentlichkeit behaupten würde, daß ja alle Forderungen der Streikenden erfüllt seien und der Kampf abgebrochen werden könne. (Was ich voraussetzte, hat sich mittlerweile bestätigt.) War deshalb hielt ich den Abbruch des Streiks für besser, um gleichzeitig neu zu rufen. Als dann ein Vorstandsmitglied einer anderen Organisation scharf für den Generalkongress sprach und mir weiter bekannt war, daß dieser Genosse sich selbst - auch als es noch möglich war - mit allen Kräften gegen eine Verschärfung des Streiks gewandt, ja die erfolgreiche Fortführung des Streiks dauernd favorisierte, gab ich die dem Sinne nach oben wiedergegebene Äußerung diesem Genossen zur Antwort. Rich. Müller.

Zur Werftarbeiterbewegung

Von Fr. Sidert.

Unsere Kollegen an der Wasserfront befinden sich seit April d. J. in einer Lohnbewegung. Ein Abschluß derselben konnte bis jetzt nicht erreicht werden. Warum nicht? Hierüber unserer Mitgliedschaft Aufklärung zu geben, halten wir für dringend notwendig, da der Kampf der Werftarbeiter und seine Wirkungen für die gesamte Metallindustrie, vor allem aber für die Metallindustrie des 6. Bezirks (Wasserfront) von größter Bedeutung ist.

Um die Werftarbeiterbewegung besser verstehen zu können, ist es notwendig, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor und während des Krieges kurz einzugehen.

Wohl in keiner Branche der Metallindustrie haben wir es mit so hartnäckigen Scharfmachern zu tun, als in der Schiffbauindustrie. Sie haben vor und während des Krieges den Herrn-im-Hause-Standardpunkt ausgiebig vertreten. Unsere Kollegen auf den Werften waren (obwohl ein gutes Organisationsverhältnis bestand) wohl die schlecht entlohntenste Arbeiterkategorie. Die Lohnhöhungen während des Krieges waren gleich null gegenüber der Preissteigerung der zum Lebensunterhalt notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Die Affordarbeit, die vor dem Kriege schon als Uebelstand empfunden wurde, hatte sich während des Krieges zur Unerträglichkeit ausgewachsen. Bei Ausbruch der Revolution war es daher verständlich, daß die Werftarbeiter mit diesem verhassten Affordsystem Schluss machten. Die Arbeitgeber protestierten feierlich gegen die Abschaffung der Affordarbeit, fanden sich aber schließlich mit der Neuordnung der Dinge ab. Nun steht nach kurzer Zeit eine planmäßige Hebe gegen die Werftarbeiter ein. Eine im Januar 1919 tagende Konferenz von Arbeitgebern, Regierungsvertretern und sogenannten Arbeitnehmervertretern zeitigte folgendes Ergebnis: Die Löhne sollen auf 2 M. reduziert und die Affordarbeit eingeführt werden, obwohl zwischen den Arbeiterräten der Werften und den Werftbesitzern bei Ausbruch der Revolution die Löhne auf 2,10 bis 2,40 M. vereinbart worden sind. Eine am 6. 1. 19 in Hamburg tagende Konferenz, welche sich mit der Wiedereinführung der Affordarbeit beschäftigte, wurde von den Hamburger Werftarbeitern gesprengt. Die Demonstration gegen die Affordarbeit wiederholte sich am 9. 1. 19. Vom Hamburger Echo wurden die Demonstranten mit dem damals so beliebten Namen „Spartakisten“ bezeichnet, obwohl von einer politischen Aktion nicht gesprochen werden konnte. Seit dieser Zeit wurde mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Werftarbeiter gearbeitet. Von rechtsstehenden Blättern und von den Werfteinrichtungen wurde immer wieder die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Affordarbeit betont. Es war somit auch keine Ueberzeugung, als im Mai d. J. in Berlin von Vertretern der Unternehmer und Arbeitnehmer über die Forderungen der Werftarbeiter verhandelt wurde; dabei erklärten die Werftbesitzer, eine Lohn-erhöhung könne für sie nicht in Frage kommen, sie seien aber bereit, den fleißigen Arbeitern eine höhere Verdienstmöglichkeit zu schaffen durch Wiedereinführung der Affordarbeit. Die Vertreter der Werftarbeiter lehnten es ihrerseits ab, über die Affordarbeit zu verhandeln. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Erneute Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 11. Juni unter Vorbehalt des Regierungsrats Dr. Hausmann waren ebenfalls erfolglos.

Eine spätere Verhandlung am 19. Juni zeitigte eine Einigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter über die gestellte Forderung der Werftarbeiter betreffs der Ferien. Vereinbart wurde für alle Werftarbeiter, die am 19. 6. 19 beschäftigt waren, 6 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Diese Vereinbarung galt aber nur als Provisorium für 1919. Die Unternehmer hatten sich nur dazu bereit erklärt, nachdem sie ausdrücklich von den Arbeitnehmervertretern die Erklärung verlangt hatten, daß die Einführung des Stücklohnsystems als Prinzipienfrage nicht mehr zu behandeln sei. Im Anschluß hieran wurde eine Kommission eingesetzt zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Wiedereinführung der Stücklohnarbeit. Die Forderung der Werftarbeiter auf Einführung der 45tündigen Arbeitswoche wurde abgelehnt.

Eine am 21. August stattgefundene Verhandlung brachte deutlich den Beweis, daß die Arbeitgebervertreter eine Lohn-erhöhung rundweg ablehnten, dafür auf die Einführung des Stücklohnsystems als Mittel zur Erhöhung des Verdienstes hinwiesen. Die Verhandlungen waren demnach als gescheitert zu betrachten, was auch am Schluß der Sitzung von Regierungsrat Dr. Hausmann konstatiert wurde. Daraufhin wurde von den Vertretern der Werftarbeiter beim Reichsarbeitsamt beantragt, die Werftarbeiterforderungen einem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten. Am 22. September tagte ein solcher in Hamburg. Nach zweitägiger Verhandlung wurde, da auch hier die Arbeitgeber den nachfolgenden Vergleich ablehnten, folgender Schiedsspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Wiedereinführung der Stücklohnarbeit eine notwendige Voraussetzung für das Wiederaufblühen der Werftindustrie darstellt.

Zum Zwecke der Wiedereinführung werden an den einzelnen Werftorten resp. Werften Ermittlungen zwischen den Werfteinrichtungen und den Betriebsräten bzw. Arbeiterausschüssen der einzelnen Werke unter Hingabe beiderseitiger Organisationen angestellt darüber, ob die notwendigen Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Auf den Werften, auf denen die Voraussetzungen entweder für den ganzen Betrieb oder für einzelne Abteilungen gegeben sind, wird die Arbeit in Stücklohn entweder ganz oder in den betreffenden Abteilungen wieder eingeführt; angebotene Stücklohnarbeit darf nicht abgelehnt werden. Für die Regelung der Stücklohnarbeit sind maßgebend die in der Niederschrift vom 5. August 1919 in Ziffer 1 bis 13 niedergelegten Grundsätze sowie Ziffer 14 und 15 in folgender Fassung:

Niederschrift.

1. Die Arbeit darf in Stücklohn oder Lohn hergestellt werden. Jede andere Form der Entlohnung ist ohne Einverständnis der Vertragsparteien unzulässig.

2. Die Affordbasis beträgt Stundenlohn zuzüglich 10 Prozent. Unter Affordbasis versteht man den DurchschnittsStundenverdienst eines in Stücklohn arbeitenden Arbeitnehmers von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unter normalen Verhältnissen. Für Abschlagszahlungen wird der Stundenlohn zugrunde gelegt.

3. In dem Stücklohnvertrag ist ein aus der Belegschaft gewählter Sachverständiger zur Mitwirkung bei Festlegung und Ausfertigung der Stücklohnarbeiten einzustellen. Diesem Vertreter steht das Einspruchsrecht zu.

4. Entstehen über die Höhe eines Stücklohnpreises Streitigkeiten, so verhandelt eine Beiratskommission von höchstens drei Facharbeitern mit Vertretern der Betriebsleitung über die endgültige Festlegung.

5. Ist auch unter der Mitwirkung der Beiratskommission eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird die strittige Arbeit in Stundenlohn ausgeführt.

6. Den Arbeitern wird über alle Fragen der Stücklohnrechnung die von ihnen gewünschte Aufklärung erteilt.

7. Solche Arbeiten, die sich nach Art und Umfang nicht zur Ausfertigung in Stücklohn eignen oder für die sich die Höhe des Stücklohns nicht ermitteln läßt, sollen nicht in Stücklohn ausgeführt werden.

8. Jeder in Stücklohn arbeitende Arbeitnehmer erhält vor Beginn der Arbeit einen Stücklohnzettel, auf dem die Art und der Preis der Arbeit bezeichnet sein müssen. Der Preis wird mit dem Arbeitnehmer vorher vereinbart. Ist diese Bestimmung nicht erfüllt, so gilt der Stücklohn als nicht abgeschlossen.

8. Werden Stücklohnarbeiter für Versuchsarbeiten beschäftigt, so ist ihnen ihr durchschnittlicher Stücklohnverdienst zu zahlen. Dasselbe gilt für Stücklohnarbeiter, die die Stücklohnarbeit vorübergehend zur Vornahme einer anderen Arbeit unterbrechen müssen.

9. Die in Stücklohn herzustellende Arbeit ist von den Arbeitgebern beziehungsweise ihren Beauftragten so vorzubereiten und zu fördern, daß dem Stücklohnarbeiter ungehindertes, fortwährendes Arbeiten ermöglicht wird. Jede Zeitersäumnis, die durch die vom Stücklohnarbeiter nicht verschuldeten Hindernisse, wie fehlende Zeichnung, fehlende Vorrichtungen, fehlende Transportmöglichkeiten, fehlende Hilfskräfte, fehlendes Material oder Werkzeug usw., entsteht, wird als Wartezeit in Lohn bezahlt, soweit diese Wartezeit im Einzelfalle über 15 Minuten beträgt. Der Anspruch auf Wartezeit erlischt, wenn er nicht sofort beim Meister geltend gemacht wird.

10. Ist auch unter Mitwirkung der unter 4. genannten Kommission eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird die strittige Arbeit zu dem DurchschnittsStundenverdienst des betreffenden Gewerkes im vorhergehenden Vierteljahr unter Kontrolle der Kommission, des Betriebsleiters und des Vertreters der Arbeiter ausgeführt und danach der Stücklohnpreis festgesetzt.

11. Die einzelne Stücklohnarbeit darf im allgemeinen für jeden Stücklohnarbeiter keine längere Arbeitszeit als 100 Stunden enthalten. 12. Die Auszahlung des Stücklohnüberschusses erfolgt nach Fertigstellung der Stücklohnarbeit, spätestens vier Wochen nach Beginn derselben. Bei Störung des Arbeitsverhältnisses erhalten die Arbeiter nach Beendigung der Arbeit den ihnen zustehenden Anteil des Stücklohnüberschusses.

13. Die Einführung der Stücklohnarbeit darf keine Arbeiterentlassung zur Folge haben. (Nach den beiderseits abgegebenen Erklärungen soll die Entlassung von Arbeitern nach den gesetzlichen Vorschriften behandelt werden; wenn unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften Entlassungen infolge Auftragsmangels, Materialmangels, Rohlenmangels usw. nicht zu umgehen sind, so sollen solche Entlassungen durch vorzeitige Bestimmung nicht gehindert werden.) Außerdem wurden von den Arbeitnehmern folgende Forderungen gestellt, über die ein Einverständnis nicht erzielt werden konnte.

14. Stücklohnarbeiter, die infolge Material- oder Auftragsmangels nicht in Stücklohn beschäftigt werden können, erhalten den Stundenlohn zuzüglich 10 Prozent, falls die Unterbrechung der Stücklohnarbeit zwei Wochen nicht überschreitet.

15. Für Spezialfacharbeiten, die infolge ihrer Eigenart oder damit verbundener Lebensgefahr nicht in Stücklohn ausgeführt werden können, wird den Facharbeitern ein Zuschlag von 10 Prozent zum Stundenlohn gewährt. Diese Bestimmung findet nur Anwendung auf Spezialisten, wie z. B. Werkzeugmacher, Reparaturfacharbeiter, Bormontagesacharbeiter usw., soweit sie durch diese Beschäftigung in der Übernahme von Stücklohnarbeit gehindert sind.

Eine am 28. September tagende Betriebsrätekonferenz sämtlicher Werftorte beschloß nach eingehender Aussprache mit 59 gegen 43 Stimmen, den Werftarbeitern zu empfehlen, den Schiedsspruch anzunehmen. Eine Urabstimmung der Werftarbeiter ergab Ablehnung des Schiedsspruches mit 35 201 gegen 26 062 Stimmen. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ebenfalls ab. Für die Werftarbeiter war der Grund der Ablehnung die Einführung des Stücklohnsystems. Man mag bedauern, daß die Werftarbeiter den Schiedsspruch ablehnten, externen kann man aber hieraus, wie sehr verhasst die Affordarbeit geworden ist, weil, wie schon anfangs erwähnt wurde, die Werftarbeiter unter diesem Entlohnungssystem bis auf äußerste Ausgebeutet wurden während des Krieges und vor der Zeit.

Eine am 12. Oktober tagende Betriebsrätekonferenz beauftragte die in Frage kommenden Vorstände, sofort geeignete Schritte beim Reichsarbeitsamt zu unternehmen, um auf Grund des gefällten Schiedsspruches weiter zu verhandeln. Inzwischen wurden vom Reichsarbeitsamt (Kiel) neue Verhandlungen mit den Werftbesitzern angedacht. Das Resultat der daraufhin stattgefundenen Verhandlungen am 29. und 30. Oktober und 1. November sehen wir in nachfolgender Vereinbarung:

Geltung. Die Vereinbarungen gelten für alle auf den Seeschiffswerften der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Arbeitszeit. Die normale Arbeitszeit ohne Pausen beträgt täglich acht Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Die Regelung der Arbeitszeit bleibt den einzelnen Werften im Einvernehmen mit der Vertretung der Arbeitererschaft vorbehalten. Überstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Arbeiten an den gesetzlichen Feiertagen sind im Einvernehmen mit der Vertretung der Arbeitererschaft in besonderen Fällen zu leisten. Die 48 Stunden wöchentlich und die tägliche normale Arbeitszeit überschreitende Arbeitszeit ist als Überzeit zu betrachten. Die Bezahlung der Überzeit erfolgt nach den bei den einzelnen Werften gültigen Arbeitsordnungen. Löhne. Die Einteilung in die Klassen: gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter erfolgt durch eine paritätische Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bis zur endgültigen Regelung bleibt die Einteilung auf den einzelnen Werften so bestehen wie bisher. Die Löhne nicht vollwertiger Arbeiter unterliegen der freien Vereinbarung unter Zuziehung der Arbeitervertretung. Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, gelten als angelernte Arbeiter. Für sie gelten bei gleicher Leistung gleiche Entlohnung wie beim Mann. Die Lohnsätze für ungelernte Frauen, ferner für Schweißerinnen, Speiseshallen-, Magazin-, Personal-, Feuerwehrlente, Portiers, Wächter, Werftschreiber usw., soweit sie in Lohn stehen, werden von den Werften nach Vereinbarung mit der Arbeitervertretung festgesetzt. Lohnsystem. Siehe Richtlinien. Nebenarbeit. Die Übernahme von bezahlter Nebenbeschäftigung ist verboten. Übertritt ein Arbeitnehmer diese Bestimmung, so kann er nach einmaliger Verwarnung im Wiederholungsfall ohne Einhaltung etwa bestehender Kündigungsfristen sofort entlassen werden. Die Beschäftigung anderweitig in Arbeit stehender Arbeitnehmer seitens der Arbeitgeber ist untersagt. Arbeitswechsel im Betriebe. Wird ein Arbeitnehmer mit einer höher bezahlten Arbeit beschäftigt, so erhält er für diese Arbeit den hierfür festgesetzten Lohn für die Zeitdauer dieser Beschäftigung, vorausgesetzt, daß er darin gleichwertige Arbeit leistet. Nach Wiedernahme seiner früheren Tätigkeit erhält er seinen alten Lohn. Wird ein Arbeiter vorübergehend mit einer niedriger bezahlten Arbeit beschäftigt, so behält er seinen bisherigen Lohn, erfolgt die Umstellung auf die Dauer, so erhält er den für diese Arbeitergruppe festgesetzten Lohn. Vergütung für selbstgestellte Werkzeuge. Jedem Arbeiter wird das nötige Werkzeug kostenlos gestellt. Wird mit Zustimmung der Werft eigenes Werkzeug benutzt, so ist dafür eine Entschädigung zu zahlen, die der freien Vereinbarung unterliegt. Schlichtung von Streitigkeiten. Streitigkeiten, die aus der Durchführung dieses Vertrags entstehen, sind zunächst durch Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitervertretung und Betriebsleitung zu regeln. Gelingt hierbei eine Verständigung nicht, so sind die in Betracht kommenden Organisationsvertreter hinzuzuziehen. Ist auch hierdurch eine Einigung nicht zu erzielen, so ist die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anzunehmen. Vertragsdauer. Das Abkommen gilt bis zum 31. März 1920 und läuft stillschweigend weiter, sofern es nicht mit einmaliger Frist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt ist. Bei Annahme dieses Vergleichsvorschlags sollen die erhöhten Lohnsätze ab 22. September 1919 nachbezahlt werden.

Hierzu sei bemerkt, daß noch näher geprüft werden soll, welche Orte außer Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Lübeck in die 1. Ortsklasse einrangiert werden. Das Entlohnungssystem bleibt, wie im Schiedsspruch vom 23. September vorgesehen. Sollenfalls bleiben die Löhne, wie im Schiedsspruch festgelegt. Die Regelung der Urlaubsfrage soll im Frühjahr 1920 vorgenommen werden. Die im Schiedsspruch vorgesehene Wirtschaftshilfe fällt ganz fort. Eine Betriebsrätekonferenz der Werftarbeiter nahm Stellung zu diesen Vereinbarungen und beschloß mit 57 gegen 50 Stimmen, den Werftarbeitern zu empfehlen, die Vereinbarungen anzunehmen. Ja

der Urabstimmung lehnten die Werftarbeiter abermals ab, 35 677 stimmten mit Ja, 29 210 mit Nein. In beiden Urabstimmungen haben die Werftarbeiter abgelehnt, weil die Einführung des Stücklohnsystems verknüpft ist mit den neu festgesetzten Löhnen. Wir haben nun zu prüfen: „Warum lehnt die Mehrzahl der Werftarbeiter das Stücklohnssystem ab?“

Es muß bei Erörterung dieser Frage vor allen Dingen die Eigenart des Schiffbaues berücksichtigt werden. Wir werden dann auch die ablehnende Haltung der Werftarbeiter verstehen. Außer den von uns kurz angeführten Zuständen auf den Werften vor und während des Krieges sprechen noch andere wichtige Gründe zu gunsten der Werftarbeiter. Das Stücklohnssystem mag bei der Schiffsfabrikation irgendeines Artikels im Interesse des Arbeiters selbst liegen. Auch dort, wo der einzelne Arbeiter nur Teiloperationen ausführt, mag es angebracht sein. Von beidem kann in der Schiffbauindustrie nicht die Rede sein. Jedes Schiff wird anders gebaut, das eine nach diesen, das andere nach jenen Abmessungen. Gewiß werden bei einem Typ einzelne Gegenstände als Massenfabrication hergestellt werden können. Betrachten wir uns nur einmal den Schiffsrumpfbau. Von Teiloperationen kann dabei gar keine Rede sein. Der einzelne Arbeiter kann nicht einmal selbständig arbeiten, weil durchweg in Kolonnen gearbeitet wird. Aber nicht nur das, nein, ein anderer Umstand muß hier erwähnt werden. Wie oft hat man festgestellt können, daß durch das Zagen und Hacken im Schiffbau Unglücksfälle zu vermeiden waren. Wenn irgendein Arbeiter mit Gefahren verknüpft ist, so der Schiffbau. Uebereinander, nebeneinander hämmert, kreuzt, stemmt, bohrt oder schweißt es. Hier faßt eine Bohranzeige, dort ein Bohrwinkel, ein Hammer oder ein Durchschlag von der obersten Stange herunter. Dann haben wir beobachten können, daß oftmals Platten angebracht wurden, bei denen die Löcher nicht zueinander passen. Die Metallkolonne kann dann nicht weiterarbeiten oder sie muß schon selber darangehen und die Löcher ausreiben, also Arbeiten verrichten, die gar nicht in ihrem Affordpreise verrechnet sind. So geht es auch anderen Branchen und wir gehen nicht fest in der Annahme, daß gerade diese Branchen sich gegen das Stücklohnssystem wenden. Hört man doch gerade von diesen Kollegen sagen: „Seitdem die Affordarbeit abgeschafft ist, wissen wir erst, daß auch wir Menschen sind. Hierin mag der Grund liegen, daß die Mehrzahl der Werftarbeiter nach wie vor das Stücklohnssystem ablehnt.“

Aus Vorstehendem werden unsere Kollegen sehen, daß nichts unverfälscht blieb, um die Werftarbeiterbewegung ohne Kampf zum Abschluß zu bringen. Mögen die Werftbesitzer aus beiden Urabstimmungen zu der Einsicht kommen, daß die Einführung des Stücklohnsystems auf den Werften nicht zu vergleichen ist mit irgend einer anderen Gruppe in der Metallindustrie. Von den Werftbesitzern wird es abhängen, ob diese Bewegung ohne Kampf zum Abschluß kommt oder ob hieraus wiederum eine Machfrage konstruiert wird.

Sind unsere Löhne hoch?

Überall stehen die Arbeiter und Angestellten im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber auch überall behaupten die Unternehmer, daß die Löhne zu hoch sind und daß mit dem Abbau der Löhne begonnen werden müsse. In vielen Orten sind auch die Löhne nach der Novemberrevolution wesentlich herabgesetzt worden. Da erscheint es uns angebracht, auf einen Artikel des Direktors des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. Rucznicki, aufmerksam zu machen, der über dieses Thema in der Zeitschrift „Unsere Finanzen“ folgendes schreibt:

Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit, aber sie sind niedrig, gemessen an den Preisen und im Vergleich mit dem Ausland. In Nordeuropa, in England, in den Vereinigten Staaten sind die Löhne entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung durchschnittlich auf etwa das Doppelte gestiegen. Da unser Papiergeld nur zwei Siebentel soviel wert ist wie das fremde Geld, hätte der Lohn bei uns auf das Siebenfache steigen müssen, um an der fremden Währung gemessen — mit der Entwertung des fremden Lohnes Schritt zu halten. Tatsächlich ist aber der Stundenlohn nur etwa auf das Dreifache, der Wochenlohn nur etwa auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Vor fünf Jahren war der Stundenlohn der Maurer in den englischen Großstädten etwa ebenso hoch wie bei uns, seit Februar/März 1919 beträgt er in London 1 Schilling 9 Pence, in Birmingham und in Manchester 1 Schilling 8 Pence, d. h. rund 6 M. oder doppelt soviel wie in Berlin. In Schweden liegt der Wochenlohn von 1914 bis 1918 für die Maurer von 32 auf 64 Kr., für die Maler von 30 auf 60 Kr. Er beträgt dort also für diese Bauhandwerker rund 250 M. gegen 100 M. im Durchschnitt des Deutschen Reiches.

Wiesbach sind die Löhne bei uns jetzt (in Papier) noch nicht einmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Im Mai 1913 betrug der übliche Wochenlohn der großstädtischen Maurer 23,35—33,50 Dollar, d. h. 100—162 M. Heute dürfte dort ein Wochenverdienst von 1000 M. (60 Dollar) für einen gelernten Arbeiter nichts Seltenes sein. Ein deutscher Millionär, der auf den Gedanken käme, seine Rente drüben zu verkehren, müßte sich also zunächst wohl etwa mit der Lebenshaltung eines gelernten Arbeiters begnügen, was gegenüber jetzt zwar eine Verbesserung in seiner Ernährung, in den meisten anderen Beziehungen aber eine erhebliche Einschränkung bedeuten würde.

Wißt man den heutigen Arbeitslohn an der Vorkriegswährung (was wenig Sinn hat), so erscheint er bei uns höher als in Nord- und Westeuropa, aber nur etwa halb so hoch, wie in den Vereinigten Staaten. Wißt man den heutigen Arbeitslohn an der heutigen Währung, d. h. vergleicht man die tatsächlichen Nominallöhne, so erscheint er bei uns noch nicht halb so hoch wie in Nordeuropa und in England und vielleicht nur ein Siebentel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wißt man den heutigen Arbeitslohn an den Kosten der Lebenshaltung, d. h. vergleicht man die Reallohn, so erscheint er bei uns vielleicht um zwei Fünftel geringer als in Nordeuropa und in England und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wißt man endlich den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitsleistung, d. h. vergleicht man, was ein Arbeiter für 1 M., 25 Ore, 8 1/2 Pence, 6 Centis leistet, so erscheint er bei uns wesentlich niedriger als in Nordeuropa und in England und

Ich schätze, daß in den Städten der Stundenlohn durchschnittlich von rund 50 Pf. auf rund 1,50 Mk., der Wochenlohn von annähernd 30 Mk. auf reichlich 70 Mk. gestiegen ist. In den Großstädten war die Steigerung wohl im allgemeinen stärker. In Groß-Berlin dürfte der Stundenlohn von etwa 65 Pf. auf etwa 2,25 Mk., der Wochenlohn von rund 25 Mk. auf rund 100 Mk. gestiegen sein.

Auch in Schweden war die Lohnsteigerung in den Großstädten besonders stark: in Stockholm liegt der Wochenlohn für die Maurer von 33 auf 63 Kronen, für die Maler von 40 auf 57 Kronen.

Nehmen wir der Einfachheit halber an, ein Tagelohn von 5 M. sei in England vor dem Kriege nur ein wenig höher als in Deutschland gewesen wie ein Tagelohn von 5 Mk. in Deutschland. Nehmen wir weiter an, der Tagelohn sei in England auf 10 M., in Deutschland auf 13 Mk. gestiegen und die Lebenshaltung sei heute in England zweimal, in Deutschland viermal so teuer wie vor dem Kriege, so würden sich die Reallohn in England und Deutschland jetzt wie 10,2 zu 13,4, das heißt wie 1 zu 0,58 verhalten.

Ich will nicht selbst hervorheben, daß bei uns und in den meisten anderen wirtschaftlichen Zusammenhängen unterliegt, daß nur ein Beispiel. In keinem in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ enthaltenen, in der

Im Stuttgarter Metallarbeiterheim fand eine Konferenz von Vertretern der einzelnen Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Württembergs und Badens statt. Eggert von Ortsverwaltung Stuttgart hielt das einleitende Referat: In der Kenntnis der großen Bedeutung der Elektroindustrie für das heutige Wirtschaftsleben und durch den Umstand der engen wirtschaftlichen Beziehungen Württembergs und Badens besonders in der Elektroindustrie, ist es unbedingt notwendig, eine Klärung der Lohn- und Preisverhältnisse der württembergisch-badischen Elektromonteurvereine zu erreichen. Redner gibt zunächst einen Überblick über die Lohnbewegung vom Jahre 1910 und legt die großen Schwierigkeiten dar, damals noch von Kettengeist und Standesbündel beherrschte Elektromonteurorganisationen zusammenzufassen und sie über ihre Zielsetzung aufzuklären. Mit Freude und Genugtuung könne er

feststellen, daß heute ein ganz anderer Geist die Elektromonteur beherrsche. Durch alle Bewegungen der letzten Jahre ziehe sich wie ein roter Faden der Streitpunkt: Wer ist Elektromonteur? Hier einmal eine präzise Erklärung und klare eindeutige Formulierung herbeizuführen, sei bitter notwendig. Bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern haben diese immer wieder erklärt: Besorgen Sie uns tüchtige Monteur und wir bezahlen sofort den geforderten Lohn. Ein weiterer Zankapfel ist die Frage der Bau- und Unterbauarbeiten und die damit zusammenhängende Gewährung von Auszahlung. Auch hier war eine eindeutige Formulierung noch nicht möglich. Eine weitere dringende Aufgabe ist die Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten. Uns stehen große Aufgaben bevor. Hoffen wir, daß die heutige Konferenz ein in diesem Sinne glückliches Resultat zeitigt. Am das mit Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine ausgiebige Diskussion. Runkel (Stuttgart) wünscht eine andere Präzisierung der Frage: Wer ist Elektromonteur? Eine weitere brennende Aufgabe sei die Lösung der Lehrlingsfrage. Hier müsse unbedingt etwas geschehen, um der heute betriebenen Lehrlingszucht und Ausbeutung entgegenzuwirken. Vor allen Dingen müsse der Handwerkskammer das Recht entzogen werden, in Lehrlingsfragen den entscheidenden Faktor zu spielen. Leheis (Mannheim) berichtet über die dortigen Verhältnisse und stellt fest, daß die im Referat angeführten Streitpunkte bei ihnen ähnlicher Natur seien. Im übrigen freut sich Redner über das Zustandekommen der Konferenz und erwartet von ihr fruchtbringende Arbeit. Föhler (Herrnberg) fordert die Streichung der Ortsklassen im Vertrag und wünscht bei der kommenden Tarifregelung die Einbeziehung der in den Kraftwerken beschäftigten Arbeitkräfte. Kluge (Pforzheim) will das Hauptgewicht auf die Lehrlingsausbildung gelegt wissen und verlangt Maßnahmen, daß der Lehrling nach beendeter Lehrzeit auch sein Handwerk versteht. Baß-Dias (Stuttgart) fordert die Streichung der Ortsklassen und bringt einen entsprechenden Antrag ein. Im ähnlichen Sinne sprechen noch Galling (Hawensburg), Maier (Höppingen) und andere. Ziegler (Heilbronn) führte aus, daß die klare, unweibliche Formulierung von Tarifbestimmungen und ihre reifliche Eingliederung durch die Unternehmer eine Rechtsfrage (Machtfrage) sei. Steht die Arbeiterklasse vermöge einer strengen Organisation dem Unternehmertum kampfbereit und entschlossen gegenüber, wird sie auch stets in der Lage sein, eine klare Formulierung in den Arbeitsverträgen durchzusetzen. Ist dies nicht oder nur in geringem Maße der Fall, wird sich der Unternehmer stets um klare Bestimmungen und ihre Unterordnung zu drücken versuchen. Deshalb Aufklärung, besonders in den Reihen der Elektromonteur und Erziehung auf der Grundlage des Klassenkampfes. Im Schlußwort geht Eggert kurz auf die in der Aussprache berührten Fragen ein. Die Debatte hat gezeigt, daß in den Verhältnissen der Elektromonteur Württembergs und Badens so gut wie kein Unterschied besteht. Dieser Umstand berechtige zu der Frage, ob nicht eine einheitliche Lohnregelung für beide Länder möglich sei. Ja, er sei sogar der Meinung, daß auch angestrebt werden müsse, Bayern und die Pfalz und eventuell noch das Grenzgebiet Wirtschaftsbereich einzubeziehen. Im übrigen freut sich Redner über den in der Aussprache zum Ausdruck gekommenen Willen zur Arbeit. Ein inzwischen eingelaufener Antrag Baß-Dias (Stuttgart), der die Notwendigkeit einer einheitlichen Lohnregelung für ganz Süddeutschland ausdrückt, wird mit Zustimmung des Antragstellers einer zu wählenden Kommission als Material überwiesen. Über die durch den Tarifvertrag entstandenen Streitfragen und ihre Schlichtung berichtet ausführlich Scheff. In den weitaus meisten Fällen ist die Loyalität und Intersslosigkeit unserer Kollegen die schuldige Ursache. Diese aufzuräumen und der Organisation zuzuführen, müsse unsere erste Aufgabe sein. Redner gibt ein paar drastische Beispiele, wie wenig sich große Teile der Kollegen, besonders auf dem Lande, um ihre Interessen kümmern. In der sich anschließenden Aussprache werden die Ausführungen Scheffs ergänzt und lebhaftes Klagen geführt, wie wenig sich die Unternehmer auf Grund dieser Gleichgültigkeit vieler Elektromonteur um die Einhaltung des Tarifes kümmern. Die Konferenz ist sich einig darin, daß hier einmal gründlich der Hebel angelegt werden müsse, um dieser Gleichgültigkeit entgegenzuwirken. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird eine Kommission eingesetzt, die die Vortragsarbeiten jenes Abchlusses eines Tarifvertrages für ganz Süddeutschland zu erledigen hat. Diese Kommission soll sich aus je 5 Vertretern von Württemberg und Baden zusammensetzen. Ihr wird außerdem die Aufgabe gestellt, mit Bayern und Frankfurt Fühlung zu nehmen. In die Kommission entsenden Stuttgart zwei, Heilbronn, Ulm und Hawensburg je einen Vertreter. Für Baden entsenden je einer auf Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg und Konstanz-Singen.

Berichte

Vom Verbandstage.

Brandenburg (Gabel). Am 30. Oktober wurde in der Versammlung, die im Volkshaus tagte und gut besucht war, der Bericht von der Verbandsgeneralversammlung gegeben. Die Kollegen waren über die Arbeiten, die geleistet worden sind, entzückt. Das magste sich auch insbesondere in der Aussprache, an der sich eine ganze Anzahl Redner beteiligten, geltend. Allgemein hatte man gewünscht, daß neben der Streikunterstützung auch die anderen Unterstützungsarten erhöht werden würden. Das Resultat zeigte sich in folgender Resolution, bei der sich nur sieben Stimmen gegen den ersten Teil erhoben, die aber in ihrem Ganzen einstimmig angenommen wurde. Die Resolution lautet: „Die am 30. Oktober 1919 im Volkshaus tagende Versammlung der Metallarbeiter spricht ihren Delegierten ihr Vertrauen aus. Sie erklärt: Die Arbeiten des Verbandstages entspreche in vielen Fällen nicht der gewerkschaftlichen Praxis und Tätigkeit. Der politische Kampf ist die Angelegenheit der politischen Organisationen und darf in die gewerkschaftlichen Organisationen nicht hineingetragen werden. Die Versammlung bedauert, daß nicht auch eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchgeführt wurde, nur so sehr, als hoch die Unternehmungen von Staat und Gemeinde anzuregen und eine Erhöhung auch in absehbarer Zeit nicht durchgeführt werden kann. Die Versammlung beauftragt die örtliche Leitung, eine Vorlage, die eine nochmalige Erhöhung des Sozialbeitrages und eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorschlägt, anzubereiten, um den Vertriebenen durchzusetzen und der nächsten Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, damit auch diese Erhöhung am 1. Januar 1920 in Kraft treten kann.“

Sachsenhausen. Die Generalversammlung nahm Stellung zum Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart. Landgraf wies die Schilde Worte der Anerkennung. Schorch gab den Bericht. Er schilderte den Verlauf und die Ergebnisse des Verbandstages. Besonders beachtete er die Arbeitsgemeinschaft und zeigte, daß diese sehr zu betonen war. In der Resolution Richard Müller, welche angenommen wurde, seien die zukünftigen Richtlinien festgelegt. Bei Streikunterstützung soll man in Zukunft mit den Unternehmern verhandeln. Es sei nicht zu verkennen, daß es noch Indesiderablen in der Reichshaus gebe, wo leider noch ein großer Teil der Arbeiter der Organisation fernbleibe, und deshalb müsse dort auch der Weg der Verhandlung weiter befestigt werden. Durch Annahme der Resolution Dignmann habe die oberste Instanz des Verbandes entschieden, daß sie mit der bisherigen Politik des Verbandes nicht einverstanden sei. Alle Angelegenheiten des Verbandes haben sich jährlich zur Kenntnis zu stellen. Kollege Schilde sei zurückgetreten und habe dies durch ein Schreiben mitgeteilt. Wenn er die Erklärung mündlich abgegeben haben würde, würde er sie nicht so leidendes gestanden haben. Der Bericht sei um 50 S. erhöht, die Streikunterstützung betrage in Zukunft 30 S. wöchentlich und 50 S. für jedes Kind täglich. Die Mitglieder der Gewerkschaften seien ebenfalls nicht unzufrieden, erhöht, während die Erwerbslosenunterstützung nicht erhöht wurde, weil das Ende des Reiches sei. Auch dürfte der Kampfschwerer des Verbandes nicht durch Unterstützungsleistungen behindert werden. — In der Tagesordnung fand ein Kollege Pank, daß in Stuttgart mehr geteilt als gearbeitet wurde, und hofft, daß die Beschlüsse der Organisation zum Erga-

reichen mögen. Kollege Landgraf ging näher auf die einzelnen Punkte ein und ist der Meinung, daß die Resolution Müller in kurzen Besagen, daß man in Zukunft recht scharfe Worte gebrauchen müsse, im übrigen aber alles beim alten bleibe, denn durch den Schlußpunkt, auch in Zukunft verhandeln zu wollen, sei die Arbeitsgemeinschaft wieder anerkannt. Die Taktik des Vorstandes sei von der Generalversammlung in Berlin 1915 und in Köln 1917 gutgeheißen und habe der Vorstand weiter nichts getan, als die Beschlüsse der höchsten Instanz auszuführen. Den Kritikern des Kollegen Schilde bedauert er und sein Mitgliedsbild habe nur goldene Worte enthalten. Wie man von tendenziöser Aufmachung reden könne, verstehe er nicht, zumal die neu-gewählten Vorstandsmitglieder Brandes und Dignmann ebenfalls Schilde Worte des Dankes gesagt haben. Die jährliche Neuwahl der Beamten kann dazu führen, daß uns die besten Kräfte verloren gehen. Wir verlangen von den Unternehmern, daß sie ihre Arbeiter nicht entlassen, solange sie ihre Pflicht tun, und was wir von diesen verlangen, sollte bei uns Grundgesetz sein. Daß die Erwerbslosenunterstützung nicht erhöht wurde, sei zu bedauern, zumal es nicht zutrafte, daß Unter-stützungsleistungen der Kampfschwerer der Gewerkschaften beeinträchtigen. Wenn unsere Kollegen in Zukunft als Metallarbeiter und nicht als Politiker zusammenkommen, so sei es möglich, auch unter den Bedingungen des Stuttgarter Verbandstages Erwerbsleistungen für unsere Mitglieder zu leisten. Kollege Otto beleuchtete die Erhöhung der Gehälter und ist scharf kritisch an dem Verhalten der Mehrheit des Verbandstages. Kollege Labatt äußert sich in ähnlichem Sinne, während Kollege Martens die Ausführungen des Berichterstatters unterläßt. In seinem Schlußwort erklärt Kollege Schorch, daß es tendenziös sei, wenn Schilde geschrieben habe, das Wort habe die Macht über die Tat erlangt. Im übrigen betont er nochmals, daß die Beschlüsse der revo-lutionären Geist der Organisation gestärkt haben, und ist der Meinung, wenn seine Partei Zweidrittelmehrheit gehabt hätte, die General-versammlung noch mehr für die Kollegen geschaffen hätte. Hierauf hatte die gut verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Frankfurt a. M. Am 28. Oktober nahm die hiesige Mitgliedschaft den Bericht von der Generalversammlung entgegen. Dignmann und Beul berichteten. Aus demselben ist zu entnehmen: Die Mehrheit der Generalversammlung stand auf dem Boden der Opposition. Wenn auch noch keine Zweidrittelmehrheit vorhanden war, um das Statut im Sinne des Klassenkampfes und dem weitgehendsten Mitbestimmungsrecht der Mitglieder zu ändern, so hat sie doch Richtlinien be-schlossen, die die bisherige Kriegspolitik verwerfen und die Arbeits-gemeinschaft ablehnen. Damit ist nicht gesagt, daß man nicht mit den Unternehmern oder von Organisation zu Organisation über Wohn-abkommen verhandelt und Lohnverträge abschließt. Das Unter-nehmertum ist nicht gewillt, seine Macht preiszugeben. Es gebraucht die Arbeitsgemeinschaft nur als eine Erholung. Die Kämpfe in Berlin, mit denen sich der Verbandstag eingehend befaßt, beweisen, daß man die Löhne abbauen will. So verhandelt man dort schon seit Juli. Die gleiche Verschleppung haben wir auf den Western an der Westfront. Einstimmig wurde den Berlinern die volle Sympathie und materielle Unterstützung von der Generalversammlung aus-gesprochen. Um dem Unternehmertum eine feste geschlossene Organi-sation entgegenzustellen, geht unser Weg zur Industriearbeiterorganisation, in der alle in der Metallindustrie beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter zusammengefaßt sind. Diese dienen als Fundament zum Aufbau des Klassenkampfes und der Sozialisierung. Das ist und muß unser Ziel sein. Einstimmig wurde aber auch ein dahingehender Beschluß gefaßt, durch den alle Zerplitterungsversuche vermieden werden, die in letzter Zeit durch Betriebsorganisation und Arbeiterunions in verschiedenen Orten betrieben werden. Dieses Vergnügen können wir uns nicht leisten, es mindert unsere Strohkraft. Wer dafür eintritt, hat keinen Platz mehr im Metallarbeiter-Verband. Leider waren nur die Organisationen neutraler Länder vertreten, obwohl die sogenannten feindlichen Or-ganisationen durch den Kollegen Schilde eingeladen waren. Hier haben wir auf dem nächsten internationalen Metallarbeiterkongress alles zu tun, um die alle Freundschaft anzuknüpfen, denn nur international können wir unser Ziel erreichen. Das Statut hat keine be-sonderen Änderungen erfahren, da hierzu Zweidrittelmehrheit nötig ist, die Mehrheit hielt an dem alten fest. Die Erhöhung der Arbeits-löhne und Streikunterstützung wurde abgelehnt, dagegen die Streik-unterstützung bedeutend erhöht. Wir wollen eine Kampfschwererorganisation sein. In der Aussprache kamen zwei Extreme zum Ausdruck. Ein Kollege wünscht keine Politik in der Gewerkschaft, ein anderer die Gründung von Betriebsorganisationen und Arbeiterunions, um das Geld für Beamte zu sparen. Dem ersteren wurde im Schlußwort ge-sagt, daß wirtschaftliche Kämpfe gleichzeitig auch politische Kämpfe seien, denn wenn uns das Unternehmertum wirtschaftlich niederringt, hat es auch gleichzeitig unsere politische Macht gebrochen. Dem letzteren Kollegen wurde betont, daß auch in den Arbeiterunions Angehörte hören, nur mit dem Unterschied, daß auf eine bedeutend kleinere Zahl Mitglieder schon ein Angehörter kam. Uebrigens möchte vor solchen Experimenten immer wieder gewarnt werden, da solche Zerplitterungen die Geschlossenheit der Arbeiterkraft zerschneiden und nur dem Unter-nehmertum dienen. Folgende Resolution wurde zum Schluß an-genommen: „Die außerordentlich gut besuchte Mitgliedschaftsversammlung ist mit der Einnahme der Delegierten und den Beschlüssen der Generalversammlung voll und ganz befriedigt. Sie verpflichtet sich, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und den neuen Vorstand nach besten Kräften zu unterstützen. Zu Weisern für den Ausschuss wurden die bisherigen Kollegen Schmidt und Siegel wieder- und der Kollege Röber hinzugefügt. Unter Geschäftslichem gab der Kollege Bernhardt bekannt, daß der Spruch des Schlichtungsausschusses über den Lohn-unterschied durch Abstimmung in den Betrieben mit großer Mehrheit an-genommen wurde. Die Sammlung für die streikenden Berliner Kol-len hat bisher 3900 M. ergeben und da der Streik noch nicht be-en-det ist, wird um weitere Sammlung erjudet.“

Leipzig. Am 28. Oktober wurde vom Verbandstag in Stuttgart Bericht erstattet. Kollege Lieberich hob zu Beginn seines Referats die Bedeutung der Beschlüsse für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung hervor. Er gab dann einen Überblick über die Stuttgarter Verhandlungen, über die die Leipziger Volkszeitung ausführlich be-richtet hat. Lieberich berichtete auch, daß das Referat von Robert Dignmann in Sonderdruck unter den Mitgliedern des Metall-arbeiter-Verbandes verteilt wird. Der Redner ließ seinen Bericht anknüpfen in der Aufforderung zu reger Mitarbeit im Verband, da-mit auf dem in Stuttgart gelegten Grundstein der gewerkschaftlichen Kampfschwererorganisation zum Weiten der Arbeiterkraft weitergebaut werden kann. In der Aussprache brachten alle Redner ihre Freude darüber zum Ausdruck, daß es der Opposition endlich gelungen ist, den Verband entscheidend in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alle Redner waren sich auch klar darüber, daß es nun gilt, mit verdoppelter Kraft für den Verband zu werden. Die Versammlung nahm ein-stimmig folgende Resolution an: „Die Generalversammlung der Metall-arbeiter der Reichshaus Leipzig erklärt sich mit den Arbeiten des Verbandstages einverstanden. Sie erkennt in den Verbandstags-beschlüssen die Grundlage für den Aufbau des Metallarbeiter-Ver-bandes zu einer wirkungsvollen Kampfschwererorganisation. Die Leipziger Kollegen verlassen nicht, daß dem Verband in den bevorstehenden Kämpfen mit dem Unternehmertum große Schwierigkeiten bevor- stehen, sie bringen aber ihren einschlägigen Willen zum Ausdruck, durch Beibehaltung für den Verband die freiwillige und geschlossene Organisation der Arbeiterkräfte zu helfen, die allein den Sieg der Arbeiterklasse führt. Sie verspricht, alles zu tun, den Verband in den Kampf des Kampfes der Arbeiterklasse um den Sozialismus zu ziehen.“

Kassel. Am Montag den 3. November wurde in einer außer-ordentlichen Generalversammlung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes der Bericht vom Verbandstag in Stuttgart ge-gaben. Der Bericht in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Brandes mit, daß der Metallindustriellenverband eine nochmalige Verhandlung in Sachen Erneuerung des Tarifes als unmöglich bezeichnet habe, da trotz der Erklärungen der Unternehmern, ihre gemachten Zu-gesandnisse gingen bis an die Grenze der Möglichkeiten, die Forderungen der Gewerkschaften nicht gemindert wären. Der Vorsitzende des Metallindustriellenverbandes habe deshalb die Annahme des Schlicht-

ungsausschusses vorgeschlagen. Die Generalversammlung gab ohne Debatte ihre Zustimmung dazu. Verabredungsgemäß berichtete dann zunächst Brandes über die Verhandlungen des Verbandstages, die Be-schlüsse desselben resümierend und die Bedeutung derselben für die gesamte Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung beleuchtend. Nach ihm sprach Blume vom Standpunkt der Mehrheit auf dem Verbandstages. Er brachte eine Resolution ein, in welcher die Beschlüsse des Verbandstages mißbilligt und das Bestehen über das Aufheben des bisherigen 1. Vorsitzenden Schilde aus dem Vorstand des Ver-bandes ausgesprochen wird. In gleicher Weise verurteilt nach Blume auch Winger und Hirsch den Verlauf der Tagung, während Springer und Albert Grosse ihr Einverständnis mit den in Stuttgart gefallenen Entscheidungen bekundeten. Sie empfahlen eine von Brandes vorgelegte Entschließung, nach welcher sich die General-versammlung mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklärt, nach welcher weiter die Mitglieder die Verpflichtung über-nehmen, im Sinne dieser Beschlüsse ihre ganze Kraft einzusetzen, um so der Organisation die höchste Wirkung und damit der Arbeiterklasse die halbtägige Befreiung aus der Lohnnechtschaft zu bringen. Die Generalversammlung lehnte die Resolution Blume mit einer circa Dreidrittelmehrheit ab und stimmte der von Brandes vorgelegten Ent-schließung mit einer gleichgroßen Mehrheit zu.

Klempner und Installateure.

Julda. Zwischen der hiesigen Klempnerinnung einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband andererseits wurde ein Tarif-vertrag abgeschlossen, in dem die Mindestlöhne auf 2,40 bzw. 2,10 M., 1,70 und 1,60 M. festgelegt wurden, je nach Alter. Auch der bezahlte Urlaub wurde wie in der hiesigen Metallindustrie (Heidelberger Ab-kommen) anerkannt. Man kann das Abkommen als einen schönen Ge-solg bezeichnen, da alle Kollegen durchweg einen Aufschlag von 60 S. die Stunde ab 10. November zu beanspruchen haben.

Metallarbeiter.

Düsseldorf. Am 19. Oktober fand die Quartalsversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Der Versammlungs-besuch lag viel zu wünschen übrig. Die hiesige Verwaltungstelle hat sich auch im 3. Quartal sehr gut weiterentwickelt. Die Hauptkassie verzeichnet eine Einnahme von 235.243,68 M. und eine Ausgabe von 114.410,44 M., die Kassakasse eine Einnahme von 268.900,40 M. und eine Ausgabe von 142.700 M. Bezüglich der Ausgaben ist zu erwähnen, daß aus der Kassakasse allein 49.927,35 M. an Streik-unterstützung verausgabt wurden. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des 3. Quartals 26.873 gegen 24.812 am Schluß des 2. Quartals. Ein Rückgang, von dem die Leute von der „Freien Arbeiter-Union“ Tag für Tag reden, ist also auch jetzt nicht zu ver-zeichnen. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß ebenso wie in der Düsseldorf Verwaltungstelle auch die Mitgliederzahl in den übrigen Verwaltungstellen im 7. Bezirk im letzten Quartal wieder gestiegen ist. Sie betrug am Ende des 2. Quartals 29.024 und jeht am Ende des 3. Quartals 32.270. Die ganze Tätigkeit der Funk-tionäre erstreckte sich in erster Linie auf die Erledigung von Dis-senzen zwischen den Arbeitgebern und unseren Kollegen. Streiks wurden sehr viel geführt und wurden dieselben zum übergroßen Teil für die beteiligten Kollegen zum siegreichen Ende geführt. Hinzu kamen die ohne Streiks abgeschlossenen Tarifverträge. So wurde am 20. September ein Tarifvertrag für die gesamte Düsseldorf Eisen- und Metallindustrie abgeschlossen. Die Festsetzung der Afforde erfolgte in der Weise, daß bei durchschnittlicher Arbeitsleistung unter normalen Verhältnissen ein Afforderdienst erzielt werden kann, der um mindestens 15 v. H. über den für die Altersklasse des Arbeit-nehmers vereinbarten Stundenlohn hinausgeht. Bei Streittigkeiten über die Höhe des Affordpreises ist von den Arbeitnehmern in den einzelnen Betrieben und Werkstätten eine ständige Sachkommission von 2 bis 3 Mann zu bezeichnen, die mit der Vertretung der Be-triebsleitung über die endgültige Festsetzung der stündlichen Afford-preise verhandelt, eventuell muß die stündliche Affordarbeit unter der Kontrolle eines Mitgliedes der Sachkommission und der Betriebs-leitung ausgeführt werden. Die Eingliederung der Arbeiter in die einzelnen Lohnklassen geschieht unter Mitwirkung der Sachausschüsse. Wird in den einzelnen Fällen keine Einigung erzielt, so entscheidet die Tarifkommission oder zuletzt die geschlichten Instanzen. In den Bezirken Werra, Hildes, Reisholz und Hohlhausen bestand seit dem 1. April d. J. auch ein Tarifvertrag für die dortige Eisen- und Metallindustrie und ist auch hier am 10. Oktober ein neuer Tarif wieder abgeschlossen. Dieser Tarif ist derselbe wie der Düsseldorf, nur mit dem Unterschied, daß bei der Affordarbeit in Werra-Hildes der Mindestverdienst nicht 15 v. H., sondern 20 v. H. beträgt; außerdem erhalten in Werra-Hildes die verheirateten Hilfsarbeiter den Höchstlohn von 2,90 M. pro Stunde. In Oberkassel-Herd wurde am 18. Oktober ebenfalls ein Tarifvertrag für die dortige Eisen- und Metallindustrie abgeschlossen. Auch dieser ist in seiner ganzen Form derselbe wie in Düsseldorf, nur mit dem Unterschied, daß sämtliche Klassen um 10 S. pro Stunde niedriger gehalten sind. In Neuss wurde den dortigen Arbeitern am Samstag den 18. Ok-tober vom Schlichtungsausschuss ebenfalls der Oberkasseler Tarif zugestanden. Das Zugeständnis der Neusser Arbeitgeber steht aller-dings noch aus. Soweit uns bekannt, sollen die Arbeitgeber aber ihr Zugeständnis geben wollen. Es wurden dann Tarife im 3. Quartal abgeschlossen für die Heizungs- und Elektromonteur und für die Orthopädiarbeiter. Es stehen vor dem Abschluß eines Tarifvertrages die Uhrmacher, zahnärztliche Instrumentenmacher, Feinmechaniker und Klempner und Installateure. Was unsere Freunde von der angeblich linken Seite anbetrifft, so kann wohl gesagt werden, daß sie sich so ziemlich ausgetobt haben. Was sie ihren Mitgliedern ver-brochen haben, haben sie nach keiner Seite hin gehalten. Darüber noch weitere Worte zu verlieren ist zwecklos. Der gesunde Sinn der in diesen Organisationen organisierten Metallarbeiter wird sich auch bei ihnen wieder durchbringen. — Die Versammlung forderte die Mitglieder auf, die Berliner Metallarbeiter im Kampfe gegen das Kapital zu unterstützen.

Karlsruhe. Durch die Verkehrsbeschränkungen war die Ver-waltungstelle Karlsruhe gezwungen, von der Abhaltung einer General-versammlung, trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung, abzusehen. An deren Stelle trat nach dem Urspruch die erweiterte Ortsverwaltung — die noch durch die Obstruktion der Großbetriebe verfrachtet wurde — am Samstag, den 1. November zusammen, um die dringenden An-gelegenheiten zu erledigen. Zum ersten Punkt, Wahl des Bevoll-mächtigten, erklärte Kollege Sauer, daß durch seine Wahl zum Bürger-meister der Posten neu besetzt werden müsse. Zu dem Posten empfehle er im Auftrag der Ortsverwaltung den Kollegen Schulenburg, der dann auch einstimmig gewählt wurde. Bei der Wahl zweier neuen Beamten wurden von den vier zur engeren Wahl gestellten Bewer-bern die Kollegen G. Kluge, Pforzheim und G. Kausch, Karlsruhe, gewählt. Den Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart er-karte Kollege Sauer und teilte mit, daß weitgehende Beschlüsse auf dieser Generalversammlung nicht gefaßt seien, im Gegenteil, daß viele Hoffnungen begraben werden müßten, die die Karlsruher Mit-gliedschaft erwartet hätte. Eine Aussprache und genaue Feststellung der Ergebnisse der Generalversammlung soll später noch vor-genommen werden.

Wien. Am 19. Oktober fand die Generalversammlung statt. Einnahme und Ausgabe der Hauptkassie bilanziert im Quartal mit 56.335,66 M., 39.162,60 M. wurden an die Hauptkassie eingesandt. Ein- und Ausgabe der Kassakasse bilanziert mit 46.379,58 M. Die Kassakasse hat jetzt einen Bestand von 30.221,27 M. Die Mitglieder-zahl lag von 7727 auf 7904. Hiermit sind 1918 weibliche Mitglieder. Für die gesamte Weltberufsgenossenschaft Industrie ist ein Kollektiv-abkommen getroffen worden, durch das eine generelle Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt wurde; wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt werden sind, so bedeutet der jetzige Abschluß doch einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Konnten wir doch diesmal außer der Entlohnung durch ein allgemeines Rahmenabkommen die sonstigen einschlägigen Arbeitsverhältnisse tariflich regeln. Von der organisierten

Arbeiterchaft wurde der nach mühsamer Arbeit fertiggestellte Tarif angenommen. In den beiden Arbeitgeberorganisationen errangen jedoch zunächst die Schlichter die Oberhand. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, es scheint, als ob die Unternehmer doch zuhören werden. Der Streik in der Kalksteinindustrie wurde nach 14tägiger Dauer durch Schlichterspruch des Reichskommissars Severing beigelegt. Trotzdem der Schlichterspruch eine Erhöhung der Löhne um 20 Prozent vorsah, erklärten die Direktoren als Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, nur 15 Prozent zahlen zu wollen. Im volkswirtschaftlichen Interesse beschloßen die Arbeiter, am 8. September geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen und über die strittigen 5 Prozent das Reichsarbeitsministerium entscheiden zu lassen. Unsere Organisation war mit 140 Mitgliedern am Streik beteiligt. Vom Reichskommissar war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß keinerlei Maßregelungen stattfinden dürften. Trotzdem sind drei Kollegen gemahnt worden. Die Firma Detelshofen maßregelte vier Kollegen, darunter die beiden Obmänner des Ausschusses. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen und es kam eine Vereinbarung zustande, welche von beiden Parteien anerkannt wurde: „Die Firma Detelshofen verpflichtet sich, den vier Kollegen den Lohnausfall für die Zeit vom 8. September bis 16. Oktober zu zahlen. Desgleichen zahlt die Firma jedem Gemahnten eine Abfindungssumme von 1000 M. Die vier Kollegen verzichten auf ihre Wiedereinstellung.“ Mehrere prinzipielle Entscheidungen bezüglich Bezahlung von Feiertagen wurden herbeigeführt. Durch Störung der Stromleitung waren die Arbeiter vieler Betriebe gezwungen, bis zu fünf Tagen auszuharren. Kommt in einem Teil der Betriebe mit den Arbeitgebern Vereinbarungen erzielt werden, so lehnten andere jedoch jede Entschädigung ab. Das hiesige Gewerbeamt stellte sich aber an dem Standpunkt, daß es den Arbeitern nicht zugemutet werden könnte, den Lohnausfall zu tragen. Wenn auch von einem Verschulden des Arbeitgebers nicht die Rede sein könne, so sei der Anspruch der Kläger nach § 615 BGB. doch gerechtfertigt. Der Beklagte befand sich, wenn auch ohne sein Verschulden, im Annahmeverzug, da er die angebotene Arbeit nicht entgegengenommen hat. Von einer höheren Gewalt könne auch nicht gesprochen werden, da kleine Störungen keineswegs ungewöhnlich und überraschend, vielmehr voraussehbar seien und durch den Arbeitgeber bei Berechnung der Betriebskosten mit einkalkuliert werden könnten. Der Arbeitgeber wurde verurteilt, den eingeklagten Lohn zu zahlen. In der Aussprache wurde von sämtlichen Rednern die intensive Tätigkeit der Geschäftsleitung anerkannt. Die im Kampfe stehenden Berliner Kollegen sollen finanziell unterstützt werden. Ein jeder möge sich an dem Vertrieb der ausgegebenen Streikmarken beteiligen.

Rundschau

Betriebsräte und Revolution.

Die Betriebsräte sind die Organe zur Durchführung des Sozialismus. Sie haben nach den Anordnungen des Reichsarbeitsrates, des Reichsgruppenrates und des Bezirksgruppenrates, die Produktion des einzelnen Betriebes den Interessen der Gesamtheit dienstbar zu machen. Diese Aufgabe können sie erst nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat erfüllen. Die Erämpfung der politischen Macht ist daher ebenso das nächste Ziel der Betriebsräte, wie sie die nächste Etappe im Kampfe des ganzen, zum Sozialismus hinführenden Proletariats darstellt. Der Kampf der gesamten Arbeiterchaft muß jetzt auf die Eroberung der politischen Macht gerichtet sein. Und in diesem Kampf können die Betriebsräte die wirkungsvollste Waffe sein, wenn die einzelnen Mitglieder die Verhältnisse klar überblicken und sich ihrer Aufgabe bewußt sind. Die Betriebsräte sind von den Arbeitern des Betriebes gewählt. Sie genießen vor allen anderen das Vertrauen ihrer Mitarbeiter. In den Betrieben in ihrer Gesamtheit stimmt der übergroße Teil des Proletariats zusammen. Dieses große, der Arbeit umzuwandeln aus einer bedrückten Masse, die den Ausweg aus ihrem Elend nicht finden kann, zu einem riesigen Heer, das im Gleichschritt und bewußt seinem Ziel, dem Sozialismus entgegenzueilen, das ist die Aufgabe der Mitglieder der Betriebsräte. Sie sind die politisch organisierten, die klarblickenden Arbeiter, die dem anderen Teile des Proletariats den Weg zu weisen haben. An keiner Stelle gibt es so viel Möglichkeit zur Aufklärung breiter Massen, die alle gemeinsam leiden unter der gleichen Bedrückung wie in den Betrieben. Sie auf die Ursache ihrer Knechtschaft, auf den Kapitalismus hinzuweisen und zugleich auf die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, das ist jetzt die wichtigste Pflicht der Betriebsräte. Gerade sie, die in den Betrieben gewählten Vertrauensleute der Arbeiterchaft, sind in erster Linie berufen zur Leistung dieser wichtigen Vorarbeit, die ihnen erst die Tätigkeit auf ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet, dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ermöglichen soll. Die Betriebsräte, die gewählt sind, nicht auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern auf Grund des Vertrauens, das sie sich unter ihren Mitarbeitern erworben haben, bieten die für den gegenwärtigen Kampf des Proletariats außerordentlich wichtige Möglichkeit, den Willen der Arbeiterchaft zum Sozialismus oberhalb der trennenden Parteien zusammenzufassen. Im Rätesystem liegt die Möglichkeit, die schädliche Wirkung der politischen Zersplitterung des Proletariats auszugleichen durch Sammlung aller zum Sozialismus hinführenden Arbeiter. Dieser Aufgabe müssen sich die Betriebsräte bewußt sein. Sie müssen, durchdrungen von der Wichtigkeit ihrer Tätigkeit für die baldige Befreiung der Arbeiterklasse, alle Möglichkeiten, die sich gerade ihnen in großer Zahl bieten, ausnützen zur Weckung der revolutionären Tatkraft des Proletariats und zu seiner Einigung im kampfbereiten Willen zum Sozialismus.

Warnung vor Zug nach Gelsenkirchen.

Unter dieser Überschrift brachten wir in der Nummer 45 unserer Zeitung eine Zuschrift aus Gelsenkirchen, in der behauptet wird, daß von verschiedenen Arbeitsschmeißern Arbeitslose nach Gelsenkirchen vermittelt werden, trotzdem dort viele Arbeitslose vorhanden sind, die nicht in ihrem Berufe beschäftigt werden können. Auch sind die Verpflegungs- und Unterkunftsmöglichkeiten gering. Außerdem sei aus Gelingen ein Mann gefandt worden, welchem beide Fußgelenke amputiert waren, der für den Bergbau unter Tage bestimmt gewesen sei. Daraufhin erhalten wir von dem Bezirksarbeitsamt Gelingen nachstehende Zuschrift:

„Am 11. August 1919 erschienen auf dem Arbeitsamt Gelingen fünf ortsfremde zugereichte Arbeitsuchende mit dem Begehren, nach Gelsenkirchen in Bergbau vermittelt zu werden. Unter denselben befand sich auch ein Mann, der an einem Stocke hing und der daher sofort von uns darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er als Bergarbeiter nicht geeignet sei. Der Betreffende habe aber unter allen Umständen bei seinen vier Bekannten bleiben wollen. Schließlich sei ihm unter nochmaligem Hinweis, daß er auf sein eigenes Risiko nach Gelsenkirchen reise, der Fahrpreisermäßigungsschein und ein Reiseausweis gegeben worden.“

Weiter heißt es in der Zuschrift:

„Zu der Vermittlung Arbeitsloser ins Ruhrgebiet bemerken wir noch, daß das Landesamt für Arbeitsvermittlung Stuttgart das Arbeitsamt Gelingen — wie auch andere Arbeitsämter — angewiesen hat, arbeitswillige Leute dem Bergbau zuzuführen, wo Leute in großer Zahl gebraucht würden. Wir haben uns daraufhin mit verschiedenen Zechen in Verbindung gesetzt, welche uns telegraphisch und schriftlich bestätigten, daß sie dauernd Bedarf an Arbeitern haben. Bei der Besonderheit des Bergbaus haben wir indes niemals einen Zwang auf Arbeitslose ausgeübt, sondern nur solche Leute vermittelt, die den Wunsch aussprachen, es mit der Arbeit im Bergwerk zu versuchen.“

Aus der Zuschrift des Arbeitsamts Gelingen ist zu entnehmen, daß das Amt in dem einen Falle korrekt gehandelt hat, der kranke Mann ist vermittelt worden, nachdem er darauf bestand. Im übrigen bezeugt die Zuschrift, daß das Amt Gelingen den Weisungen des Landesamts für Arbeitsvermittlung Stuttgart folgte. Bestenfalls hat

auch andere Arbeitsämter angewiesen, Leute dem Bergbau zuzuführen. Da aus allen Teilen des Reiches nach dem Bergbau Leute vermittelt werden, ist wohl anzunehmen, daß hier ein planmäßiges Vorgehen aller Arbeitsämter vorliegt. Die Zechen haben telegraphisch und schriftlich bestätigt, daß sie dauernd Bedarf an Arbeitern haben. Wir haben aber keine Veranlassung, an der Zuschrift aus Gelsenkirchen zu zweifeln. Demnach sind dort genug Arbeitslose vorhanden. Die Unternehmer scheinen Arbeitslose anzulocken, um durch Überangebot von Arbeitskräften die Lohn- und Arbeitsverhältnisse herabzudrücken, vielleicht hoffen sie auch, unter den angelockten, in Not befindlichen Arbeitslosen gegebenenfalls Streikbrecher zu finden. Die amtlichen Arbeitsvermittlungsjstellen dürfen sich unseres Erachtens nicht nach den Angaben der Zechen richten, ihnen stehen andere Auskunftsstellen zur Verfügung, wenn sie sich über den Bedarf von Arbeitskräften informieren wollen. Unseren Kollegen können wir nur empfehlen, bevor sie Arbeit nach irgend einem Orte im Westen annehmen, sich bei der zuständigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Er hat gute Arbeit geleistet!

Der Deutsche Tabakarbeiterverband hielt vom 21. bis 31. Oktober seinen 17. ordentlichen Verbandstag in Bremen ab. Verschiedene Parteien berichten, daß auf dem Verbandstag erfreulicherweise „überwältigende Phrasen“ nicht hervorgetreten sind. — Er habe gute Arbeit geleistet, mit der die Tabakarbeiter sehr zufrieden sein können. — Diejenigen, die dieses Urteil über den Verbandstag der Tabakarbeiter fällen, gehören zu jenen, die sich nicht genug über den Verbandstag der Metallarbeiter einrichten konnten. Gewiß, auf dem Verbandstag der Tabakarbeiter ging es ruhig zu. Opposition gegen die alte Gewerkschaftsrichtung war wohl vorhanden, aber diese wußte auch nicht recht, was sie eigentlich wollte, es mangelte ihr an der nötigen inneren Verständigung. Der Vorliegende Deichmann hatte leichtes Spiel. Er hielt alles fern, was zur Aufklärung der Delegierten hätte beitragen können. So verstand er es, das Referat und Korreferat über das Rätesystem zu Fall zu bringen. Da es nun keine Zusage einer Gewerkschaft geben kann, die nicht zu der aktuellsten Tagesfrage Stellung nimmt, so mußte wohl oder übel auch etwas für das Rätesystem herauskommen. Unter den Tabakarbeitern hat der Gedanke des Rätesystems auch Fuß gefaßt. Die Mitglieder würden es nicht verstehen, wenn ihr Verbandstag an dieser Frage vorübergegangen wäre. Das empfinden auch die Delegierten. Man tritt sich schließlich sehr festig über die Frage, ob man das Rätesystem in das Statut hineinarbeiten solle und schließlich wurde das in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 55 Stimmen beschlossen.

Der Vorstand wollte den Tabakarbeiterverband unter allen Umständen vor der sich immer mehr Bahn brechenden Revolutionierung der Gewerkschaften schützen. Darum verhinderte er eine Erörterung über das Rätesystem. Die Opposition war aber doch schon so stark, daß sie eine Aufnahme des Rätesystems in das Statut durchsetzte. Man haben die Tabakarbeiter das Rätesystem im Statut und wissen selbst nicht, was darunter zu verstehen ist. Das geht aus der folgenden, gegen 6 Stimmen angenommenen Resolution hervor:

„Der 17. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erklärt sich mit der Einführung des Rätesystems in den Betrieben einverstanden und verpflichtet, alles aufzubringen, das Rätesystem zur Durchführung zu bringen. Insbesondere legt er Wert darauf, ein Rätesystem mit einem guten Mitbestimmungsrecht in Wirtschaftsfragen zu erhalten.“

Also ein Rätesystem mit einem guten Mitbestimmungsrecht! — Gegen diese Verharmlosung des Rätegedankens müssen die Tabakarbeiter selbst den schärfsten Protest erheben. Die Opposition im Tabakarbeiterverband muß sich fester zusammenschließen, muß sich von berufenen Vertretern des Rätegedankens Sinn und Wesen desselben erläutern lassen, um dann auf ihrem nächsten Verbandstag den Verband auf dieselbe Grundlage zu stellen, auf die sich die größte Gewerkschaft Deutschlands, der Metallarbeiter-Verband, gestellt hat.

Vom Ausland

Schweiz.

Sperre. Die Sektion Zürich des Schweizerischen Metall- und Uhrmacher-Verbandes macht in einer Zuschrift an unsern Verbandsvorstand darauf aufmerksam, daß seit Anfang August die Blase Genf, Basel und Zürich für sämtliche Metallarbeiter gesperrt sind. Ferner stehen die Gold- und Silberarbeiter in einer Bewegung zur Regelung des Lohnes und einer örtlichen Arbeitsordnung. Außerdem ist noch zu beachten, daß der Wohnungsmangel immer weiter um sich greift und daß die Zureicherung am stärksten darunter zu leiden haben. Da in letzter Zeit der Zugang von Metallarbeitern aus Deutschland wieder genommen hat, so ist es dringend notwendig, die deutschen Kollegen darauf hinzuweisen, daß es für sie zweckmäßig ist, sich vor Einreise in die Schweiz über Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die sonstigen Lebensverhältnisse zu erkundigen. Nur so können sie sich vor Enttäuschungen bewahren.

Schweden.

Verbandstag. Der 13. Kongress des Schwedischen Metallindustrie-Verbandes trat am 3. August im Volkshaus zu Stockholm zusammen. Anwesend waren 198 Vertreter, bei deren Wahl politische Gesichtspunkte stark mitgespielt hatten. Meinungsverschiedenheiten kamen jedoch nur bei den Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Arbeitsverhältnissen zum Ausdruck. Und auch darüber soll eine Urabstimmung stattfinden. Der Vorstand hatte an die Bruderverbände in Norwegen, Dänemark, Finnland, Deutschland, Deutschösterreich, Ungarn, Schweiz, Italien, Frankreich, England, Niederlande und Belgien Einladungen ergehen lassen. Aus England und den Niederlanden war die Mitteilung eingetroffen, daß die Verbände aus verschiedenen Gründen keine Vertretung schicken könnten und dem Verbandstage die besten Wünsche senden. Den Deutschen Metallarbeiter-Verband vertrat Kollege Jernicke. Wie wir schon berichteten, hat auch der Schwedische Metallindustrie-Verband einen erfreulichen Zuwachs von Mitgliedern erhalten. Er wird jetzt einen Mitgliederbestand von annähernd 70000 haben, für schwedische Verhältnisse ein sehr gutes Ergebnis. Die Folge ist natürlich nun auch (gerade wie anderswo), daß die Schulung der Mitglieder mit dem Wachstum des Verbandes nicht gleichen Schritt gehalten hat. Der vorhergehende Verbandstag (1916) hatte für Bildungszwecke jährlich 6000 Kronen bewilligt. Es lagen diesem Verbandstage Anträge auf Bewilligung größerer Mittel vor. Da aber im Jahre 1917 zu Bildungszwecken nur 1260 Kronen ausgegeben wurden und 1918 gar nur 900, so folgte der Vorstand daraus, daß das Bedürfnis der Kollegen nach weiterer gewerkschaftlicher Auszubildung nicht so groß sei wie die Antragsteller annehmen. Da nach dieser Richtung jedoch unbedingt etwas geschehen muß, stimmte der Verbandstag einem Vorschlag des Vorstandes zu, die gewerkschaftlich tätigen Verbandsmitglieder, besonders die neu gewählten, zur Teilnahme an einem Lehrgang nach Stockholm zusammenzubringen, damit die Kollegen den Gang der Verbandsgeschäfte und ferner Zweck und Ziel der Gewerkschaftsbewegung kennen lernen. Ähnliche Lehrgänge könnten dann im Zusammenhang mit den jährlichen Bezirkszusammenkünften stattfinden.

Ferner lagen mehrere Anträge auf regelmäßige Erhebungen über die Löhne vor, deren Ergebnisse mindestens zweimal im Jahre veröffentlicht werden sollten. Ein weiterer Antrag betraf die Einüberkommen mit dem Unternehmerverband, wonach dieser ebenfalls zum Zustandekommen einer genauen Aufstellung über die Löhne hinzugezogen werden sollte. Diese Anträge wurden angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, wonach in den Betrieben für jeden Arbeiter ein Lohnbuch geführt werden soll. Dieses soll ein gezeichnetes Blatt enthalten, auf welchem der Arbeiter seinen Verdienst quittiert. Das Buch soll der Arbeiter behalten und dem Gewerkschaftler für die Statistik zur Verfügung stellen.

Dann ging der Verbandstag über zu den Anträgen zum Verbandsblatt. Einige Anträge forderten mehr technische Aufklärung,

sowie die Ausgabe in Gefformat. Dazu erklärte der Vorsteher, daß dies der Druckerei nicht unbedeutende Mehrarbeit verursachen würde. Es solle aber versucht werden, die technischen Aufsätze und Mitteilungen auf kleineres Format zu umrechnen, damit sie bequemer aufzubewahren sind. Beschlossen wurde, das Blatt in der bisherigen Weise weiterzuerhalten zu lassen. Ein Antrag (wahrscheinlich von Mitgliedern, die mit der Schreibweise des Blattes nicht einverstanden sind), das Blatt unter die Aufsicht der Stockholmer Abteilungen des Verbandes zu stellen, wurde abgelehnt. Ein Antrag des Vorstandes, von Beginn des nächsten Jahres keine Geschäftsangelegenheiten mehr aufzunehmen, wurde angenommen.

Die Hocharbeiter in Stockholm und Göteborg beantragten, den Vorstand mit der Abhaltung von Berufskonferenzen zu beauftragen. Der Vorstand schlug vor, ihm diesen Antrag soweit zur Berücksichtigung zu überweisen, wie er es für einzelne Berufe für nötig hielt. Der Verbandstag beschloß, daß noch in diesem Jahre eine Hocharbeiterkonferenz stattfinden solle und im übrigen nach dem Vorschlag des Vorstandes.

Ein Teil der Verbandsabteilungen hatte sich in ihrer Gesamtheit politischen Parteien angeschlossen. Es lag nun ein Antrag vor, wonach die Abteilungen dazu nicht berechtigt sein sollten. Ein anderer Antrag forderte die Aufnahme eines solchen Verbois in die Verbandsstatuten. Der Vorstand erhob Bedenken gegen Beitreibungen auf dem Verbandstag, den Mitgliedern eine politische Richtung vorzuschreiben und sprach sich im übrigen dafür aus, daß jedes einzelne Mitglied sich derjenigen politischen Partei anschließen möge, zu der es sich am stärksten hingezogen fühle. Es fand eine namentliche Abstimmung über die grundsätzliche Frage statt, ob die Verbandsabteilungen in ihrer Gesamtheit den Anschluß an eine politische Partei beschließen können. Dafür stimmten 32 und dagegen 165.

Ein Antrag forderte Stellungnahme des Verbandstages zu der Frage, ob Verbandsmitglieder Vorarbeiter oder Werkmeister werden dürfen. Ein anderer Antrag forderte, daß Mitglieder spätestens sechs Monate nach Eintritt einer solchen Stellung aus dem Verbandsamt aussteigen müßten. Diesen Antrag lehnte der Verbandstag ab; im übrigen hielt er es für ungewöhnlich, sich auf eine bestimmte Stellungnahme festzulegen, ob es den Verbandsmitgliedern zu empfehlen sei oder nicht, solche Stellen anzunehmen. (Daraus ist denn wohl zu entnehmen, daß darüber von Fall zu Fall entschieden werden soll.)

Um eine Unterstützungskasse für solche Mitglieder zu schaffen, die wegen Tuberkulose oder dergleichen in ein Sanatorium überwiesen werden sollen, soll eine Lotterie ins Leben gerufen werden. Ein Vorschlag, die Arbeiterpartei im Reichstag um Einbringung eines Gesetzes zu ersuchen, wonach die Unternehmer keine Unorganisierten mehr beschäftigen dürfen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag, wonach Verbandsangestellte nicht zu den Gewerkschaftskongressen gewählt werden können.

Ein Antrag aus einer Verbandsabteilung, wonach die Verbandsangestellten auf Kosten des Verbandes bei einer Pensionskasse versichert werden sollten, wurde grundsätzlich angenommen und der Vorstand beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten.

Der Beitrag wurde erhöht auf wöchentlich 80 Ore für männliche Mitglieder, die über 18 Jahre alt sind und auf 40 Ore für männliche Mitglieder unter 18 Jahren und für weibliche. Der Referendums wurde auf mindestens 3 Millionen Kronen erhöht. Mitglieder, bei denen die Arbeitszeit soweit verkürzt ist, daß sie nur dreißig Stunden in der Woche arbeiten, sind frei von Beiträgen, Mitglieder, die nicht mehr als fünfundsiebzig Stunden arbeiten, gänzlich frei von Beitragszahlung.

Die Auschlussbestimmungen in den Verbandsstatuten wollte ein Antrag dahin erweitert wissen, daß Mitglieder auch dann sollten ausgeschlossen werden können, wenn sie „der Reservepolizei, der Militärreserve oder einer anderen der Arbeiterbewegung feindlichen Organisation“ beitreten. Nachdem der Vorstand darauf hingewiesen hatte, daß die bestehenden Bestimmungen über unkollegiales Betragen vollständig genügen, um das zu ermöglichen, was der Antrag begehrt, wurde er abgelehnt.

Über einen ganzen Tag währte die Aussprache über Streiks und Aussperrungen. Es lag ein Antrag vor, der für die Mitglieder mehr Mitbestimmungsrecht forderte, während der Vorstand beantragte, es bei den alten Bestimmungen zu belassen. Der Antrag wurde mit 103 gegen 92 Stimmen angenommen, dazu aber — wie schon mitgeteilt — beschloßen, eine Urabstimmung darüber vorzunehmen.

Nachdem Kollege Domes vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband seine Begrüßungsrede gehalten hatte und auf die jetzigen Zustände in Ungarn eingegangen war, beschloß der Verbandstag eine Rundgebung gegen die dort geschehenden Übergriffe der Westmächte.

Mehrere Anträge bezweckten eine zeitgemäße Zusammenfassung des Verbandsvorstandes. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Vorstand folgendermaßen zusammenzusetzen: drei befohlene Vorstandsmitglieder und vier aus der Werkstatt, die ihren Wohnsitz in Stockholm haben. Fünf kommen noch dreizehn Mitglieder im Lande, von denen vier der Schwerindustrie angehören. Außerdem gehören ihm noch an der Schriftleiter des Verbandsblattes, drei Erzhändler und der Statistiker.

Ein Antrag, den Verbandstag wieder wie früher fünfjährlich abzuhalten, wurde abgelehnt und beschlossen, es bei der neueren Bestimmung zu belassen, wonach die Verbandstage dreijährlich abzuhalten sind.

Von den Beiträgen der vollzahlenden Mitglieder sind je 25 Ore an die Arbeitslosenkasse abzuführen und von denen der halbzahlenden 15 Ore. Bei großer Arbeitslosigkeit können diese Sätze um 10 Ore erhöht werden. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft täglich 1,50 Kr. bis zum Höchstbetrag von 105 Kr., nach fünfjähriger Mitgliedschaft 2,25 Kr. bis zum Höchstbetrag von 167,50 Kr. und nach zehnjähriger Mitgliedschaft 3 Kr. bis zum Höchstbetrag von 210 Kr. Halbzahlende Mitglieder erhalten von diesen Sätzen die Hälfte. Mitglieder, die mindestens sieben Tage arbeitslos sind und an einer Stelle Arbeit angeboten erhalten, die mindestens 20 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt liegt, können einen Beitrag zu den Reisekosten erhalten, der den fünf- und zwanzigfachen Tageslohn ihrer Unterbringung nicht übersteigen darf.

In betreff der Sozialisierung der Industrie beschloß der Verbandstag, eine Kommission einzusetzen. In dieser wählt der Ausschuß drei Mitglieder und der Vorstand eins. Ferner werden gewählt aus der Schwerindustrie zwei, vom Schiffbau eins, aus den Handwerksbetrieben eins, aus der Maschinenindustrie zwei und aus sonstigen Spezialindustrien ebenfalls zwei. Die Kommission ist berechtigt, mit ähnlichen Kommissionen im In- und Ausland in Verbindung zu treten. Die Kosten werden vom Verband getragen, sie sollen jedoch von der Genehmigung des Vorstandes abhängig sein. Der Vorstand wurde beauftragt, geeignete Personen für diese Kommission ausfindig zu machen.

Eine große Anzahl von Metallarbeitern arbeitet in anderen Industriezweigen als Maschinenreparaturen, ohne die Mitgliedschaft im Metallindustrie-Verband aufzugeben. Der Verbandstag erklärte es für wünschenswert, daß diese Kollegen sich den Gewerkschaften anschließen, die für den betreffenden Industriezweig zuständig sind.

In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen R. W. Holmström als Vorsitzender, J. O. Johansson als Sekretär und Eric Lange als Kassierer. Als Schriftleiter wurde wiedergewählt Kollege Karl Sund. Ferner wurden noch gewählt besondere Vertreter der einzelnen Industriezweige, der Verbandsstatistiker und die Revisoren.

Von den sonstigen Beschlüssen sind noch hervorzuheben eine Rundgebung dagegen, daß die Regierung die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ausland abgebrochen hat. Der Verbandstag fordert, daß diese Beziehungen ungeklärt wieder aufgenommen werden. Wenn die Regierung diesem Verlangen nicht nachkommt, so soll der Vorstand beantragen, daß die Vertreterchaft des Gewerkschaftsbundes dazu Stellung nimmt.

